

DEUTSCHE

BÄCKERZEITUNG

Offizielles Organ
des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Hamburg 23), Magstraße 27.
Erscheint jede Woche Sonnabends.

Offizielles Organ
der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Dresden), Billengasse 12.
Postzeitungsliste Nr. 1787a.

Kollegen Deutschlands!

Die erste dringende Pflicht eines jeden Kollegen, der es ehrlich mit sich und seinen Nebenmenschen meint, ist es, seiner Berufsorganisation, dem Verbande der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands beizutreten, der heute bereits in über 100 Städten Deutschlands seine Mitglieder hat und ein fester Schutzwall gegen die Willkür und Unterdrückung unserer Arbeitgeber ist. Der Verband bezweckt: Bessere Gestaltung der Arbeits- und Lohnbedingungen der Bäckereiarbeiter, Beseitigung des Kost- und Logiswesens beim Arbeitgeber und Beseitigung der Nachtarbeit in unserem Berufe, Regelung der Arbeitsvermittlung und des Herbergswesens, sowie Einschränkung der übermäßigen Lehrlingszuchterei und allgemeine Bildung und Erziehung der Mitglieder durch regelmäßige Vorträge in Versammlungen und Beschaffung von lehrreichen Büchern.

Das Eintrittsgeld in den Verband beträgt 50 Pfg., der wöchentliche Beitrag 40 Pfg.

Dafür gewährt der Verband den Mitgliedern folgendes: Die wöchentlich erscheinende Fachzeitung „Deutsche Bäckerzeitung“ wird den Mitgliedern gratis geliefert.

Jedes Mitglied des Verbandes, welches 3 Monate dem Verbande angehört und seine Beiträge entrichtet hat, ist berechtigt, Rechtsschutz in gewerblichen und solchen Streitigkeiten, welche sich auf das Unfallversicherungs-, Haftpflicht-, Alters- und Invaliditätsversicherungs- und Krankenversicherungsgesetz beziehen, oder in welche sie in Folge ihrer Verbandsmitgliedschaft gerathen, wie auch bei Anklagen wegen Verfehlungen gegen § 153 der Gewerbeordnung, zu verlangen.

Nach 6monatlicher Mitgliedschaft erhält das arbeitslose Mitglied, welches sich auf die Reise begiebt, in jeder Bahnhalle 1 Mk. Reiseunterstützung bis zur Gesamthöhe von 20 Mk. im Jahre.

Außerdem gewährt der Verband Arbeitslosenunterstützung bis zur Dauer von 42 Tagen im Jahre unter folgenden Bedingungen:

Nach 52wöchentlicher Mitgliedschaft pro Tag Mk. 1.—
" 156 " " " " 1.20
" 260 " " " " " 1.50

oder an Mitglieder, welche 3 Jahre arbeitslos oder krankunterstützung nicht beanspruchten, im Krankheitsfalle (Erwerbsunfähigkeit) pro Tag 1 Mk. Krankenzuschuß, desgl. im Sterbefalle eines Mitgliedes an dessen Frau oder Kinder nach 15wöchentlicher Mitgliedschaft ein Sterbegeld von 30 Mk., nach 260wöchentlicher Mitgliedschaft 50 Mk.

Der Verband leistet also den Mitgliedern in allen Nothfällen Unterstützung, deshalb werdet Mitglieder beschließen.

Der Verbandsvorstand. J. A.: D. Allmann.

Ein neues Krankenkassengesetz.

Neht überraschend kam anfangs Februar die Mitteilung, daß der vor seinem natürlichen Ende stehende Reichstag noch ein wichtiges Sozialgesetz erledigen soll. Eine Krankenkassennovelle soll noch im schnellsten Gange der parlamentarischen Geschäfte geschaffen werden. Sie ist auf ein Mindestmaß von neuen Bestimmungen beschränkt worden, eine ganze Reihe sehr dringlicher Aenderungen der Krankenkassengesetzgebung bleibt unberücksichtigt. Man will den Wählern nach einer fünfjährigen auf sozialpolitischem Gebiete fast gänzlich ergebnislosen Gesetzgebungsperiode den Glauben erwecken, daß es der Reichsregierung an sozialpolitischem Eifer, an warmem Interesse für die Arbeiterklasse nicht fehlt. Man wird damit keinen Erfolg haben, das Resultat des Wahltages nicht beeinflussen können. Am wenigsten werden die Bäckereiarbeiter durch dieses neue Gesetz befriedigt werden können. Denn an den bei ihnen vielfach noch bestehenden Innungskrankenkassen wird durch dieses Gesetz nichts verändert, die Innungskrankenkassen bleiben weiter bestehen, wie sich überhaupt nicht das Mindeste an der Organisation der Krankenkassen ändert. Ebenso wie die Innungskrankenkassen bleiben die Betriebskrankenkassen und die Gemeindeversicherung in ihrem Bestande unverändert. Eine Zentralisation des Krankenkassenwesens, allgemeine Ortskrankenkassen für ganze Bezirke, wie sie schon vor zwei Jahren seitens der Regierung in Aussicht gestellt waren, bringt das neue Gesetz nicht. Es bleibt in dieser Hinsicht alles beim Alten, es ist auch kein weiterer Schritt getan zur Vereinheitlichung der Arbeiterversicherungsgesetzgebung.

nebeneinander bleiben weiter in Wirksamkeit die Krankenversicherung, die Unfallversicherung und die Invalidenversicherung.

Aber eine wichtige Lücke zwischen der Krankenversicherungsgesetzgebung und dem Invalidenversicherungsgesetz ist nun geschlossen worden. Die Krankenversicherung wird nun auf 26 aufeinanderfolgende Wochen den Kranken Krankengeld, Arzt und Medicamente garantieren, während von der 27. Woche ab das Invalidenversicherungsgesetz unter gewissen Voraussetzungen den Kranken weitere Unterstützung zusichern kann. Auch die Wöchnerinnenunterstützung, die bisher nur unter gewissen Voraussetzungen durch sechs Wochen gewährt wurde, muß künftig unter allen Umständen durch sechs Wochen bezahlt werden. Ein wichtiger, aber bei vielen Klassen schon existierender Fortschritt ist die Einführung der Krankenunterstützung für Geschlechtskranke. War es früher ganz der Willkür der Behörde überlassen, wie der ortszübliche Tagelohn festgesetzt wird, so müssen künftighin Unternehmer und Arbeiter vor der Festsetzung desselben einvernommen werden. Dies ist von großer Wichtigkeit, weil sich nach der Höhe der ortszüblichen Tagelöhne das Krankengeld und auch die Beiträge zu den Krankenkassen regeln. Bisher wurden 2 pZt. der ortszüblichen Tagelöhne im Minimum als Beitrag zu der Gemeindeversicherung erhoben, künftig sollen es 2,4 pZt. sein. Bei den Ortskrankenkassen erhöht sich der Beitrag von 3 pZt. auf 3,6 pZt. der tatsächlich gezahlten Löhne. Diese Erhöhung der Lasten der Arbeiter wäre nicht notwendig gewesen, wenn man sich zu einer besseren Organisation des Krankenkassenwesens, zu einer Vereinheitlichung der Verwaltung, zur Schaffung großer und damit auch billig arbeitender Kassen entschlossen hätte. Es bleibt aber nach wie vor die Zersplitterung in sieben verschiedene Kassenarten mit circa 25 000 einzelne Kassen und Kästchen. Daß diese Zersplitterung die Kosten für die Einammlung der Beiträge, für die Kontrolle der Kranken, für Drucksachen, Mieten und allgemeine Verwaltungsausgaben erheblich steigert und Anschaffung von gewissen den Apotheken nicht vorbehaltenen Heilmitteln im Großen unmöglich macht, liegt auf der Hand. Durch diese niemanden zu Gute kommenden Organisationsfehler verteuert sich die gesamte Verwaltung, sie erschwert Ersparnisse und veranlaßt deswegen die Regierung, die Beiträge zu den Krankenkassen ganz unnötig zu erhöhen.

Einige disziplinarische Vorschriften über die Vorstandsmitglieder, die Rechnungs- und Kassensführer sind neu eingeführt worden, um die Selbstverwaltung zu mindern und die Macht der Behörden über die Kassenorgane zu steigern, hier enthüllt sich der reaktionäre Pferdeschuh des Gesetzes. Hinsichtlich des Sterbegeldes ist bestimmt, daß den Krankenkassen für die Hinterbliebenen der durch Unfall verstorbenen Arbeiter das Sterbegeld von den Berufsgenossenschaften an die Krankenkassen zurückzuerstatten ist. In bezug auf die Verpfändung oder Pfändung der Krankenkassengelder sind die Bestimmungen eingefügt worden, die auch das neue Invalidenversicherungsgesetz enthält. In bezug auf die freien Hilfskassen ist festgesetzt worden, daß sie nach Inkrafttreten des Gesetzes sich um eine neue Bescheinigung ihrer Gültigkeit zu bewerben haben, wenn sie als Krankenkassen im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes und nicht als Zuschußkassen künftig behandelt werden wollen. Das neue Gesetz soll in seinem vollen Umfange schon am 1. Juli 1903 in Kraft treten.

Dies sind die wichtigsten Bestimmungen des neuen Krankenversicherungsgesetzes. Wenn man sich erinnert, was über die Reformbedürftigkeit des geltenden Krankenkassengesetzes, vor allem in den letzten drei Jahren, gesprochen, beschloffen, geschrieben und gedruckt wurde, so muß man über die geringe Anzahl geänderter Bestimmungen höchst erstaunt sein. Eine ganze Reihe von Aenderungen, die selbst die Regierung früher für notwendig erachtet hat, sind nicht berücksichtigt worden, ganz zu schweigen von den zahlreichen Eingaben und Wünschen, welche seit Jahren von den Ortskrankenkassen, den freien Hilfskassen, den Krankenkassenbeamten, den Sozialpolitikern, den Ärzten geäußert und in Petitionen, Artikeln der Zeitungen und Fachzeitschriften, in Büchern und Broschüren niedergelegt wurden. Man hat

diesen Gesetzentwurf auf die allerdringlichsten Aenderungen beschränkt, um dem seinem Ende zueilenden Reichstag noch ein sozialpolitisches Gesetz abringen zu können, das bei den Wählern den Glauben erwecken soll, daß eine hohe Regierung nicht nur alle Lebensmittel ins ungemessene verteuert, nicht bloß unsere Ausfuhr beschränkt und unterbindet, nicht nur an neue Schiffe und neue Kanonen denkt. Wir haben schon bemerkt, daß die weisen Regierungsmänner sich ganz gewaltig käufchen werden, wenn sie von diesem so unvollkommenen Gesetzentwurfe derartige Folgen gewärtigen.

Betrachten wir nun, was — von Nebenforderungen und Wünschen der Ärzte und Kassenbeamten abgesehen — also lediglich vom Arbeiterstandpunkte, in diesem Gesetzentwurfe fehlt. Wir haben schon erwähnt, daß die so bedenkliche Kassenzersplitterung erhalten bleibt, daß die Innungskrankenkassen, die Betriebskrankenkassen und die Gemeindeversicherung weiter bestehen bleiben. Der Kreis der Versicherten ist so eng begrenzt geblieben, wie er es bisher war, die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, das Gefolge und die unabhängigen Arbeiter bleiben weiter gegen Krankheit unversichert. Das Gleiche gilt für die Hausindustriellen, obgleich über die Notwendigkeit ihrer Krankenversicherung viele Heftigkeiten schon geschrieben worden sind. Die Erhöhung der Krankenkassengelder, die so dringlich notwendig erscheint, da kein Kranker sich mit dem Krankenkassengelde auch nur halbwegs nähren und pflegen kann, ist nicht erfolgt. Ebenso fehlt eine Garantie, daß die Krankenkassen alle Heilmittel liefern sollen, welche zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit erforderlich sind.

Während die Berufsgenossenschaften das Recht haben, Unfallverhütungsvorschriften zu erlassen, ist dieses für die Erhaltung der Gesundheit der Arbeiter und für die Verminderung der Krankenkassenkosten so wichtige Recht den Krankenkassen nicht eingeräumt worden, obgleich sich doch jederman sagen muß, daß die Einräumung des Rechtes zum Erlaß von Krankheitsverhütungsvorschriften von der allergrößten sozialpolitischen Wirksamkeit werden könnte und damit unsere so arg vernachlässigte soziale Hygiene und Fabrikhygiene einen erheblichen Anstoß erhielte. Aber man sieht auch hierin, daß die Reichsgesetzgebung mit Vorsicht und Rücksicht alles vermeidet, was dem Unternemertum irgendwelche erhebliche Lasten auferlegen könnte.

Diese Bemerkungen dürften genügen, um die Arbeiter darüber zu belehren, daß diese neueste Leistung auf sozialpolitischem Gebiete, wenn ihr auch nicht abzuspochen ist, daß sie einige Fortschritte enthält, in hohem Maße unbefriedigend und enttäuschend wirken muß. Eine ganze Reihe von Hoffnungen, die sich an das neue Krankenversicherungsgesetz knüpften, sind mit einem Schlage verborrt, den Arbeitern wird wieder gelehrt, daß unsere ganze Sozialgesetzgebung nichts ist, als Fikdarbeit, daß jeder große Gedanke fehlt, daß man von unseren weisen Staatsmännern einen großen Zug auf sozialpolitischem Gebiet nicht erwarten kann. So bietet auch dieses Gesetz trotz manchen Fortschrittes reichlichen Anlaß zur Kritik. Auch der neuesten Leistung unserer amtlichen Sozialpolitiker wird nicht der Erfolg beschieden sein, daß der Wunsch des Reichsoberhauptes sich erfülle, daß die Arbeiter das in der letzten Zeit so berühmt gewordene Tischbuch zerschneiden.

Aus unserem Berufe.

Im Jahresbericht der Bäckereiarbeitervereine in Leipzig werden bittere Klageklagen über die schlechte Geschäftsperiode vorgebracht. Der Bericht sagt darüber unter anderem: „Die allgemeine Depression auf dem gesamten Arbeitsmarkte dauerte vielmehr auch dieses Jahr an und in dieser fielen aus den Reihen der Innungsmitglieder derselben eine noch größere Anzahl zum Opfer als im Vorjahre.“ Und an anderer Stelle heißt es: „Die immer mehr um sich greifende Ausbehnung der Konsumvereine und die damit zusammenhängende Vergrößerung der Konsumbäckereien sind immer und immer wieder Veranlassung zu Klagen, namentlich der kleinen Meister, über den immer schwerer werdenden wirtschaftlichen Kampf um die Existenz gewesen und so wird es auch fernerhin bleiben.“ — Daß recht viel Wechsel infolge des Pleitemachens verschiedener Meister in der Innung zu verzeichnen ist, geht auch daraus hervor, daß

von 688 Bäckerei-Inhabern, die der Innung angehören, 59 ihre Geschäfte aufgaben, während 104 neu der Innung beitraten, also auch so viel im Berichtsjahre Bäckereimeister wurden. Die Herren Innungsmeister sehen ihre einzige Rettung in der systematisch betriebenen Vergrößerung der Lehrlingszucht, worüber berichtet wird: „Die Zahl der Lehrlinge am Anfang des Jahres betrug 441, aufgebunden wurden 282 und losgesprochen 131 Lehrlinge, so daß abzüglich der im Laufe des Jahres vor Beendigung der Lehrzeit entlassenen 53 Lehrlinge am 31. Dezember 1902 ein Bestand von 539 Lehrlingen vorhanden war.“ — Mit dieser vermehrten Lehrlingsausbeutung werden sie ihr Handwerk nur noch mehr untergraben! Ueber die Arbeitsvermittlung wird gesagt: „Zum Einschreiben in das Sprechjournal des Innungssprechamtes meldeten sich 3540 Gesellen. Arbeit erhielten 3061 Gesellen. Nicht inbegriffen sind hierbei Aushilfsarbeiten, welche nur einen Tag dauerten. Die Zahl der letzteren beträgt auf Grund der zurückgelassenen Eintrittskarten 329. An andere Sprechamter unentgeltlich überwiesen wurden 165 Gesellen. Nach auswärts, ohne Vermittlung eines anderen Sprechamtes, gingen 294 Gesellen. In noch viel empfindlicherer Weise als im Jahre 1901 machte sich während des ganzen gestrigen Jahres der Mangel an jüngeren Gesellen geltend, so daß oftmals die kleineren Stellen nicht besetzt werden konnten. Ganz besonders schwer gestaltete sich die Besetzung der vorgenannten Stellen auf dem Lande. Die Leipziger bezw. die in der Regel sehr schwer zu bewegen, auf dem Lande zu arbeiten. Die größeren Stellen konnten immer pünktlich mit geeigneten Leuten besetzt werden. Die im letzten Vierteljahr enorm gestiegene Arbeitslosigkeit, welche nur auf die allgemeine Depression zurückzuführen ist, machte die glatte Abwicklung der Geschäfte besonders schwierig.“ — Man kann sich ein Bild von den erbärmlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen der „jüngeren Gesellen“ in Leipzig und dem benachbarten Landgebiet machen, wenn es trotz der selbst von der Innung anerkannten großen Arbeitslosigkeit nicht möglich war, diese „kleinen Stellen“ zu besetzen. Das ist für den Kenner der Verhältnisse aber kein Wunder, denn auf den wenigen besseren Stellen kommt fast gar kein Wechsel der Gesellen mehr vor, dagegen wechseln die sogenannten „Bruchbuben“ fast alle Tage mit ihren Gesellen! — Behnlich erfaßt zum Schluß der Bericht: „Von der auch in diesem Jahre beschlossenen Weihnachtsfeier auf der Herberge mußte, weil Gesellen zur Besetzung nicht vorhanden, abgesehen werden.“ Demnach haben also trotz ihrer Not die Arbeitslosen auf die innungsmäßigsten Beihilfen verzichtet! Das ist hart für die Leipziger Innungsmitglieder, die von „Menschenfreundlichkeit“ trafen!

Ein glauer Obermeister. Als Anfangs Dezember die Brotlieferung für die herzogliche Internatschule in Hildburghausen ausgeschrieben wurde, benannte der Obermeister der Hildburghäuser Bäckereinnung eine Innungsversammlung an und unterbreitete den Kollegen eine Petition an das herzogliche Staatsministerium, worin es gebeten wurde, die betreffende Lieferung nur an Innungsmitglieder zu vergeben; gleichzeitig ersuchte der Obermeister die Kollegen, den Preis für das Rilo Roggenbrot nicht unter 20 S anzusetzen. Das geschah auch, nur der Herr Obermeister verlangte 19 S und bekam natürlich die Lieferung. Dann legte er sein Amt nieder mit der Begründung: „Was brauchen wir eine Innung, und bist Du Soltes Sohn, so laß Dir selber!“

Zum Kapitel: Zeitgemäß eingerichtete Bäckereien. In dem Deutschen Gewerbeverein hielt dieser Tage ein Gewerbeinspektor, Herr Dr. Weßkopf, einen Vortrag, in dem er nach der heutigen Zeit u. a. folgendes ausführte. Herr Dr. Weßkopf sprach zunächst über den Kleinbetrieb in Bäckereien, wie er in Preußen vorkommt. Nach des Redners praktischer Erfahrung lassen diese Betriebe, besonders in hygienischer Hinsicht, viel zu wünschen übrig. Redner führte die verschiedenen Unzuverlässigkeiten in diesen Betrieben an, die Unreinlichkeit, die in vielen Bäckereien herrsche und zu allerlei Krankheiten reichlichen Stoff biete. Insbesondere tadelte er, und mit Recht, das Belassen der Backwaren durch das Publikum und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die heutigen Bäder eine solche unappetitliche und gesundheitsgefährliche Handhabung des Publikums verhindern und selbst die Ware demselben verarbeiteten. Den Kleinbetrieben gegenüber schloß er dann Redner einen Großbetrieb in einer Großstadt. Hier ist alles auf das Idealste eingerichtet und alles genau, was der Gesundheit der Arbeiter zuträglich, wenigstens nicht schädlich sein kann. Des weiteren kam Redner auf die Nacharbeit in den Bäckereien zu sprechen, die er für sehr nachteilig für die Bäder halte. In Norwegen z. B. sei die Nacharbeit gesetzlich verboten, und dabei müßte sich das Publikum ganz wohl, auch wenn es nicht gleich frisch frische warme Backwaren habe. Auch die Lehrungsarbeit unterzog Redner einer scharfen Kritik und hielt es für unangebracht, wenn die Lehrlinge vor Aufnahme in das Bäckereihandwerk arztlich untersucht würden. Dann würden viele der betreffenden Krankheiten vermieden werden. Nachdem Redner noch auf die gerade im Bäckergewerbe vorzunehmenden hygienischen Einrichtungen näher eingegangen, schloß er mit der Aufforderung, daß auch die Bäder sich zu Genossenschaftlichen zusammenschließen, um mit Erfolg der großen Konkurrenz begegnen zu können.

Nach dem „Brotfabrikant“ sind in den letzten Tagen folgende Umsätze in Bäckereibetrieben vorgekommen: Eine Backstube der rechten Hand beim Reizen der Antriebsmaschine. Eine Backstube zweier Finger der rechten Hand in der linken Hand. Eine Backstube der rechten Hand beim Reizen der Antriebsmaschine. Das Blatt beweist dazu, daß es höchst ist, nachlässig alle Umstände in mit Maschinen arbeitenden Großbäckereien zusammenzuführen und zu veröffentlichen. Das wäre freilich zu begrüßen, wenn man über alle vorstehenden Umstände unterrichtet würde.

In den Reichstagen wird neben den „berühmten“ Zellenkassern Böhm und Rippenhan auch noch ein solcher namens Duder sein. Unseren Kollegen geben diesen Namen durch Einführung eines Verbandsratsvorsitzes hat zu Ende. Durch denselben erhielten im Januar acht Mitglieder Stellung.

Streik in der Großbäckerei E. Goldbader in Berlin, Brunnstraße 130. Wie wir in voriger Nummer berichteten, waren am 6. Februar die bei Goldbader beschäftigten Kollegen in den Streik eingetreten, weil der Herr die Vertrauensleute des Verbandes gemahnt hatte. Aber schon nach zwei Stunden besann er sich auf Anraten der Führer unserer Organisation dazu, die Gemahnten wieder einzulassen; die Streikenden nahmen die Arbeit wieder auf und schon der Konflikt erledigt. Kurz vorabend: a die Vertreter des Verbandes mit dem Herrn, um gemeinschaftlich einen neuen Tarif abzuschließen, was denn auch am 12. Februar wurde. Mitglieder müssen aber auch die Stellenbesitzer, welche bei ihm sonst immer gute Geschäfte machen,

den Mann gehörig bearbeitet haben, denn am 14. war er plötzlich die Abmachungen über den Hausen und entließ abermals den Vertrauensmann des Verbandes. Sofort legten 43 Kollegen die Arbeit nieder, während 2 als Streikbrecher sitzen blieben. Unsere Berliner Mitgliedschaft hat sofort ein Flugblatt an die Kollegen herausgegeben, sich nicht zu Streikbrecherdiensten herbeizulassen, bezuglich wurde auch ein Flugblatt an die Bevölkerung verbreitet. Bis zum 16. Februar war es dem Herrn trotz allergrößter Anstrengungen nicht gelungen, genügend Arbeitswillige herbeizuschaffen, denn nur 20 hatte er anwerben können und hielt mit denen nur kümmerlich den Betrieb aufrecht! Die streikenden 43 Kollegen stehen dagegen fest und geschlossen zusammen, wissen sie doch, daß es für sie nur den Weg gibt, auszuharren im Kampfe, wenn sie nicht unter brutale Willkür und ein schändliches, raffiniert ausgebildetes Straffsystem in diesem Betriebe zurückkehren wollen! Wir wünschen unseren Kollegen einen vollständigen Sieg in diesem Kampfe, in welchem sie förmlich hineingezwungen wurden! Vor allen Dingen ersuchen wir aber alle Kollegen, sich nicht zu Streikbrecherdiensten übergeben zu lassen!

Der „Bormärts“ melbet noch über den Streik: Daß auch die Polizei dem bedrängten Herrn zu Hilfe eilt, erscheint selbstverständlich. Mit Argusaugen wachst sie, daß die Streikbrecher nicht „belästigt“ werden. Am Sonntag Abend wurde ein Streikposten postiert, aber nach kurzer Zeit wieder freigelassen, da er nur auf den Streik im Betriebe aufmerksam gemacht hatte. Dagegen sind Herrn Goldbader größere Freiheiten gestattet. Als am Sonntag Vormittag dadurch, daß fast 48 Mann nur 22 im Betriebe arbeiteten, auch die Sonntagsruhe überschritten und die Polizei darauf aufmerksam gemacht wurde, ertheilte diese die Auskunft, daß für Goldbader heute gesetzlicher Ueberarbeitsstag sei. — Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, die Streikenden vollständig durch Streikbrecher zu ersetzen. Originell ist, daß letztere am Montag Abend gleich mit dem Brotwagen in den Betrieb hineinbefördert wurden, da man fürchtete, sie könnten sich im letzten Augenblick doch noch besinnen und Herrn Goldbader im Stich lassen. Die Arbeiterkundschaft scheint diesen Unternehmer ihren Unwillen schon recht deutlich fühlen zu lassen, denn an allen Stellen wird über den Rückgang des Geschäftes berichtet. Im Hauptgeschäft in der Brunnenstraße sind seit Montag fast drei nur noch zwei Verkaufserlöse tätig. — Die Haltung der Streikenden ist ausgezeichnet. Von den 43 Arbeitern des Betriebes stehen 44 im Streik; vier, darunter die Badmeister, wurden zu Streikbrechern.

Im Reichstage brachte bei der Beratung des Reichstages des Innern am 9. Februar der Abgeordnete Dertel (Krausen-Dertel) den Maximalarbeitszeitgesetz wieder einmal zur Sprache, indem er ausführte: „Die Bäckereiverordnung besteht immer noch unüberändert und belastet immer noch die mittleren Bäckereibetriebe aufs schwerste. Ich halte auf den Minister Möller nicht allzuhohe Hoffnungen gesetzt, aber wenigstens halte ich ihn für einen Gegner der Bäckereiverordnung gehalten. Warum ist an Stelle der Maximalarbeitszeit immer noch keine Mindestarbeitszeit getreten, wie es die Regierung schon vor vier Jahren in Aussicht gestellt hat?“ Am 14. Februar antwortete ihm Genosse Moltenbuhr auf seine Anzuspornungen: Herr Dertel hat wieder die Abschaffung der Bäckereiverordnung verlangt, und einen treuen Bundesgenossen, der ihn ergänzt, hat er jetzt in Herrn Erziger gefunden, der auf die lebhafteste die Sachverhältnisse-Berordnung bekämpft. Der Kampf des Herrn Dertel gegen die Bäckereiverordnung stand im Widerspruch zu seiner Bekämpfung des anlaßlichen Wettbewerbes. — Einzelne Bäckereimeister suchen gerade dadurch ihre Konkurrenten durch unlauteren Wettbewerbs aus dem Felde zu schlagen, daß sie ihre Gesellen und Lehrlinge übermäßig ausbeuten. Vor längerer Zeit wurde eine Verordnung über den inneren Betrieb der Bäckereien in Aussicht gestellt. Die nötig dieselbe wäre, beweisen die Feststellungen der „Bäckerei-Zeitung“, wonach sehr zahlreiche Beurteilungen von Bäckereimeistern wegen Schweinereien erfolgt sind. Leider ist die Verordnung noch nicht erschienen.“

Ueber die Unterstützungsauszahlung im Januar halten wir uns verpflichtet, unseren Mitgliedern einen kurzen Ueberblick zu geben. Von 49 Mitgliedschaften, die im Januar mit der Hauptkasse abgerechnet haben — es stehen nur noch kleinere Mitgliedschaften aus, die das Resultat nur unwesentlich beeinflusst werden — wurde in 32 Mitgliedschaften Unterstützung ausbezahlt und zwar: Arbeitslosenunterstützung an 171 Mitglieder . . . 1576.40 Krankensunterstützung an 9 Mitglieder . . . 80. — Reiseunterstützung an 36 Mitglieder . . . 63. —

zusammen wurden 216 Mitglieder mit M 1719.40 unterstützt. — Demgegenüber haben sich auch die Einnahmen der Hauptkasse bedeutend vermehrt. Von Beginn des Jahres bis 15. Februar 1903 sind aus Beiträgen der Mitgliedschaften für Monat Januar M 4200 eingegangen, gegen M 2300 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Mögen unsere Mitglieder in derselben regen Agitation weiterfahren, damit die so segensreich wirkenden Unterstützungseinrichtungen recht bald einem größeren Kreis Kollegen zu gute kommen!

In den Bäckereimischständen in Nürnberg wird seitens unserer Kollegen der „fränkischen Tagespost“ geschrieben: Schon oft sind in der Presse die im Bäckergewerbe bestehenden Mischstände öffentlich gerügt worden, was aber erst einen großen Teil der Bäckereimeister ohne Einwirkung gelassen ist, wie folgende beiden Urtheile zeigen: In einer hiesigen Bäckerei wurde das Salz, in das die Roste ihrer Reibmühle verrichtet hatte, mit Wasser und auf Anordnung des Meisters zum Brotteig verwendet, ferner kommt es in der Bäckerei öfters vor, daß der Teig und die Backware durch Rohmilch verunreinigt wird. In einer anderen Bäckerei, die sich in Reibhof befindet, tummeln sich sogar die Schweine öfters in der Backstube. Der Schweineflaß befindet sich direkt neben der Reibstube und der Schlafstube des Gehülfen. Da die Schlafstube des Gehülfen auf der anderen Seite vom Abort bezeugt wird und die Wand zwischen Abort und Schlafstube große Löcher aufweist, die direkt in die Abortgrube führen, so ist die Luft im Schlafraum noch ärger verpestet als im Abort selbst und muß direkt als gesundheitsgefährlich bezeichnet werden. Dazu kommt noch, daß das Bett des Gehülfen 14 Tage lang nicht gewaschen wurde, wodurch der Bäckereimeister deutlich beweist, was ihm an der Gesundheit seines Gehülfen gelegen ist. Hiermit will ich für heute schließen und möchte nur den Lesern empfehlen, nicht etwa nachzusehen, wieviel Käse, Kalk, Katzen, Hasen, Kaninchen, ja sogar Schweineflaß, ferner wieviel Käse, Rehwürmer, Spinnweben und ähnliche Lederstücke sie mit ihrem immer teurer werdenden „täglichem Brot“ verzehren, denn sonst könnte ihnen der Appetit drohen. Aber das möchte ich allen und besonders den Herren raten: Kommt zu der in nächster Zeit stattfindenden Vollversammlung und erhebt Protest gegen die Mischstände im Bäckergewerbe und das Verhalten der Polizei.

Streikende Bäckereimeister in Berlin. Nach der neuen Geschäftsverteilung für die Armenkommissionen ist

den Kommissionsmitgliedern die Uebernahme von Lieferungen für die städtische Armenverwaltung unterlag. Hiergegen hat eine Versammlung der Bäckereiverbandsvorstände Protest erhoben. Die Bestimmung wurde für durchaus ungerechtfertigt erklärt, da sie die Bäckereimeister, welche ehrenamtlich im Kommunaldienste tätig sind, gegenüber ihren anderen Kollegen zurücksetze und schädige. Es wurde beschlossen, an den Vorsitzenden der städtischen Armenkommission, Stadtrat Dr. Münsterberg, eine Eingabe zu richten mit dem Ersuchen, diese Bestimmung zu streichen und es bei der bisherigen Praxis zu belassen. Sollte diese Petition keinen Erfolg haben, so werden alle Bäckereimeister ihre Kenner als Vorsteher oder Mitglieder von Armenkommissionen zum 1. April d. J. niederlegen. — Merkwürdig, daß die Bäckereimeister keinerlei Sinn für die ethischen Motive haben, von welchen die Armenverwaltung sich in ihrer Anweisung leiten läßt.

Ueber die Zustände in den Bäckereien von Eiberfeld-Barmen — es nach der „Freien Presse“ in der Sitzung der Stadt ratheten am 10. Februar zu einer bemerkenswerten Debatte gekommen. Das Blatt berichtet: Den Anlaß gab ein Antrag der freien Innung der Barbier, Friseur und Perrückenmacher betr. die Einrichtung eines Fachunterrichts für diese Gewerbe an der Handwerker- und Kunstgewerbeschule. Neben dem eigentlichen fachtechnischen soll auch besonders das hygienische Gebiet berücksichtigt werden. Die Versammlung erklärte sich bereit, bei einer gleichzeitigen Beitragsleistung des Staates einen Beitrag zur Einrichtung eines besonderen Lehrraums, sowie einen laufenden Beitrag zu bewilligen. Anknüpfend hieran wünschte Herr Kommerzienrat Dr. Wittenstein, auch die Bäckereinnung möge einen solchen Antrag stellen, um dem Gewerbe den Aufschwung zu geben, den es in anderen Städten erreicht habe. Besonders die äußere Form der Darbietung der Backwaren lasse hier viel zu wünschen übrig, auch in bezug auf Sauberkeit sei hier nicht alles, wie es sein solle. Dieses treffe auch nach ihm zugegangenen Mitteilungen auf die Backstuben vielfach zu. Herr Bäckereimeister Fintenteu protestierte ganz energisch. Eine Fachschule zur technischen Ausbildung sei hier ganz überflüssig, die Barmer Bäder wären sowohl in bezug der Leistungen, wie auch der Reinlichkeit weit fortgeschritten. Herr Wittenstein replizierte mit ziemlicher Deutlichkeit, indem er auf gewisse Erscheinungen bei den Militärpflichtigen hinwies, die das Gegenteil von Reinlichkeit zu beweisen scheinen. — Gemeint ist natürlich die auch anderwärts festgestellte Erscheinung, daß die Bäckereigesellen wohl den größten Teil der Kräftekranken stellen. Hoffentlich bekommen wir bald eine nach Berufen geordnete Statistik der Krankheiten, die den nötigen Aufschluß gibt. Im übrigen wollen wir bemerken, daß noch vor mehreren Jahren unter Zustimmung eines anwesenden Meisters Angaben über die Zustände in Bäckereien gemacht wurden, die nichts weniger als appetitlich waren. Unter anderem dienten die noch gefüllten Mehlsäcke als Schlafstätten für die Gesellen während der Pausen. Also so sehr alt kann die Sauberkeit noch nicht sein. Freilich glauben wir nicht, daß die gütliche Belehrung viel helfen wird. Eine strenge gesundheitspolizeiliche Kontrolle würde wirksamer sein. Auch wäre es gut, wenn das Publikum sich ein wenig um die Frage kümmerte. Leider fehlt es an jeder Organisation der Bäckereigesellen, die anderwärts schon viel Mißstände beseitigt hat. — Wie uns dazu noch berichtet wird, wollen die Bäckereimeister noch das ihrige tun, um das Publikum mit der Nase auf die Uebelstände in ihren Betrieben zu brüden, indem sie gegen die Äußerungen des Herrn Wittenstein eine Protestversammlung anberaumen. Hoffentlich werden in dieser Versammlung unsere Kollegen mit Beweisen für die Wahrheit des Behaupteten, an denen kein Mangel herrscht, nicht fehlen.

Der Bäckereimeister Falkenberg in Essen, jener Herr, der in einer Meisterversammlung unseren Kollegen Heumann mit den Fäusten bearbeitete, ist vom Schöffengericht zu 5 M Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt. (Wir kommen auf diesen Prozeß noch zurück.)

Dresden. Von den hiesigen Bäckereimeistern könnte man sagen: Sie haben nichts vergessen und nichts hinzugeleert! Die Veröffentlichung der vorjährigen Statistik hätte sie doch veranlassen sollen, in ihren Betrieben die peinlichste Sauberkeit zu pflegen. Dabei sind wir heute schon wieder in der Lage, standalöse Zustände zu melden. Kürzlich erkrankte der Gehülfe des Bäckereimeisters Lau in der Hechtstraße; an seine Stelle wurde jemand durch unseren Arbeitsnachweis zur Aushilfe gesandt. Dieser machte nun die Beobachtung, daß die Schmutzstert hier an der Tagesordnung war. Die Trögeklücher starrten vor Schmutz und blieb dieser beim Schieben an den Dreierbrotten haften; die Backtrüge waren seit einem halben Jahr noch nicht einmal abgeseuert. Doch es sollte noch besser kommen. Eines Tages sollte Mohnstücken gebaden werden. Als der Lehrling den Mohn bringt, ist derselbe total von Mäusen verunreinigt. Der Gehülfe schied ihn damit zum Meßer und der erklärt kategorisch, er solle denselben durchsieben und auslesen. Nun wird wohl jedem Kenner klar sein, daß das einfach unmöglich ist und obendrein keine Zeit dazu war; auch läßt sich eine etwaige flüssige Verunreinigung doch nicht entfernen. Der Mohn wurde natürlich verboden. Der Saubere Herr wurde nun der hiesigen Wohlthätigkeitspolizei zur Anzeige gebracht. In der Bäckerei des Herrn Krause, Dypelstraße, sind die Kollegen gezwungen, die Nachtruhe zwischen dem Anrichten und Anfangen in der Backstube zu verbringen, was vollständig gesundheitswidrig ist. Auch hier werden wir Wandel schaffen.

An den Reichskanzler und in ähnlicher Weise auch an das Braunschweigische Ministerium hat das Gewerkschaftsstatell in Braunschweig folgende Eingabe gerichtet: „Infolge mehrfacher Beschwerden von Bäckereigesellen über Unsauberkeiten usw. in den Bäckereien sah sich das Gewerkschaftsstatell in Braunschweig veranlaßt, sich in zwei Sitzungen, am 24. Oktober und 19. Dezember 1902, sowohl im Interesse der Gesundheit der in Bäckereibetrieben beschäftigten Personen, als auch im Interesse der Konumenten, d. h. einer sauberen Herstellung der Backwaren, mit diesen Zuständen zu beschäftigen. Die Organisation der Bäckereigesellen hat im Jahre 1900 eine Untersuchung der Zustände in den Bäckereien der Stadt Braunschweig veranstaltet, wobei unhaltbare Zustände aufgedeckt sind. Da diese Mißstände auch heute noch in demselben Umfange bestehen, auch nicht abzusehen ist, daß dieselben von den Bäckereibetriebsinhabern aus eigenem Antriebe abgeändert werden, so beauftragte das Gewerkschaftsstatell in Braunschweig den Unterzeichneten, an das Kaiserliche Reichskanzleramt (Reichsamt des Innern) das dringende Ersuchen zu richten, den nebst einer Sammlung von Gerichtsurteilen über Unsauberkeiten der Bäckereien in den verschiedensten Städten Deutschlands in der Anlage befindlichen vom Ministerium des Innern des Königreichs Preußen im Jahre 1900 ausgearbeiteten Entwurf einer Verordnung über die Einrichtung und den Betrieb von Bäckereien und Konditoreien in allerhöchster Frist für sämtliche Bäckereien und Konditoreien des Deutschen Reiches Gesetzestraft erlangen zu lassen!“

Überall Innungs-Krankentassen zu errichten, empfiehlt in den Innungsorganen Bädermeister Henneberg-Salberstadt und verrät dabei, daß die Innungs-Krankentassen das vornehmste Mittel seien, ein gutes Einvernehmen nach der Art, wie es jene Herren wünschen, zwischen Meistern und Gesellen zu erzielen und zu erhalten, und daß besteht darin, daß der Vorstehende, Rendant und Schriftführer der Kasse Meister sind, während die Gesellen nur zu den Weißgerpöfen im Vorstande zugelassen werden. — Das ist so die Art des sogenannten „guten Einvernehmens“, wo die Herren in allen Fragen die Gesellen überhöhlen und bevorzugen können!

Ein Lübecker Vorstandsmitglied der Zwangsinnung erhebt in der „Güntherschen Bäderzeitung“ bittere Klage darüber, daß sich mehrere Lübecker Bädermeister, darunter ein „angesehenes Innungsmitglied“ zum Brothändler begabieren, da sie in ihren Läden das von der neuerrichteten Simonsbrotfabrik hergestellte Brot mit verkaufen wollen. Dem Herrn wäre es lieber, wenn seine Kollegen mit aller Macht dieses Unternehmen bekämpfen würden! — Wir können dem Manne den Aerger darüber, daß sein „ehrbares Handwerk“ durch seine Kollegen so vernichtet wird, nachfühlen!

Sechszehn Fahnen und Banner befinden sich jetzt im Besitze des Verbandes. Manche dieser alten ehrwürdigen Wahrzeichen würde von einem recht wohlhabenden Lebenslauf begehrt werden, denn alle bis auf zwei — welche letztere aus freiwilligen Gaben der Verbandsmitglieder am betreffenden Orte angekauft worden sind — sind von früheren Veräußerungskontingen unserer Kollegen angekauft worden, dann bei deren Uebertritt zum Verbands-Eigentum befallen worden. Und — O Fronte des Schicksals! — den Löwenanteil zu den Anschaffungskosten dieser Embleme haben die Innungsmeister beigetragen, die damit den Verband bekämpfen oder ausrotten wollen. So verfehlten alle diese Fahnen und Banner ihren „edlen“ Zweck, aber sie besitzen wie gewisse hohe Herren ein gut Teil Anpassungsvermögen und befinden sich auch unter ihrem jetzigen Besitzer, dem Verbandsrecht wohl!

Die Stellenvermittlung bei der Berliner Bäckereinnung Germania ist ein recht rentables Geschäft!

Es vermittelten Sprechmeister Vogel	
340 Werkmeister	= 340.— M
868 Kneiter	= 651.— "
4095 Dritte und Vierte	= 2047.50 "
1359 Aushülfen	= 339.75 "
Summa 3378.25 M	
Sprechmeister Botte:	
480 Werkmeister	= 480.— M
1115 Kneiter	= 836.25 "
3397 Dritte und Vierte	= 1698.50 "
1604 Aushülfen	= 401.— "
Summa 3415.75 M	

Die Einnahmen fließen in die Taschen der Sprechmeister und es läßt sich von diesen „Arbeitergroßen“ schon recht gut leben. Immerhin wollen wir darauf aufmerksam machen, daß in Berlin eine ganze Reihe von Kommissionären sich der Stellenvermittlung in unserem Gewerbe widmen und von dem sauer verdienten Gelde der Kollegen ein recht behagliches Dasein führen.

Genossenschaftliches.

Der Konsumverein Vorwärts in Brandenburg eröffnet im nächsten Monat seine Bäckerei. Die selbe ist mit allen der Neuzeit entsprechenden Maschinen versehen; zwei Doppel dampföfen der Firma Werner u. Pfleiderer haben dort Duffelpaste geformt. Zum Bedienen der Teig-Innen- und Mehlsiebmaschine ist ein achtpferdiger und zum Nachlaufzug ein dreipferdiger Elektromotor aufgestellt. Um dem lästigen Reinigen während der Arbeit aus dem Wege zu gehen, sind zwei Rnetmaschinen zum Roggen- und Weizenreigen aufgestellt. Der Betrieb besitzt eine Höhe von 4½ Meter und ist mit Ventilation versehen. Für die Arbeiter ist ein großer Umkleide- und Speiseraum und Badezimmer eingerichtet. Die Gesellen erhalten folgende Löhne: Tageslohn 6 Schichten 21 M, Nachtwache 7 Schichten 24.50 M, Wochenlohn werden nicht abgezogen. Ueberstunden werden mit 40 % vergütet. Die Arbeitszeit ist vorläufig in zwei Schichten geteilt und werden Frühstück- und Vesperpausen von je einer halben Stunde und 1½ Stunden Mittagspause eingeführt. Jeder Arbeiter erhält nach einjähriger Beschäftigung eine Woche Ferien. Auch bekommen dieselben wöchentlich einen reinen Arbeitsmantel und Mütze nebst Handtücher und Seife geliefert. Alle Achtung der dortigen Verwaltung, die sich richtet die Lohnverhältnisse derartig ein, daß ein Frieden zwischen Verwaltung und Arbeitern auf lange Zeit gesichert ist!

Der Allgemeine Konsumverein Augsburg hat in seinem 12. Geschäftsjahre in seinen 8 Verkaufsstellen einen Umsatz von 345 244 M erzielt gegen 242 551 M im Vorjahre. Die Mitgliederzahl stieg von 1457 auf 2026, der Durchschnittsumsatz betrug von 169 M auf 170 M. Zwei Verkaufsstellen wurden im Laufe dieses Jahres eröffnet. In der Bäckerei betrug der Umsatz 80 322 M, hierzu wurden gebraucht 3922 Zentner Mehl. Die Steigerung der Produktion in der Bäckerei ist eine sehr bedeutende. Seit einigen Monaten wird in Doppelschichten gearbeitet und dauert die Nachtschicht von 8 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens und die Tagesschicht von 6 Uhr Morgens bis 5 Uhr Nachmittags. Jede Abteilung hat pro Woche einen halben Tag frei. Der Verein erzielte im Berichtsjahre 36 665 M Reingewinn und gelangten 7 Prozent Dividende an die Mitglieder zur Verteilung.

Im Konsumverein für Kronach und Umgegend, der 341 Mitglieder zählt und im letzten Jahre 99 755 M Umsatz erzielte, berichtete der Aufsichtsrat, daß der Konsumverein laut Beschluß einer am 31. August 1902 abgehaltenen Generalversammlung das Grundstück des Kaufmanns Feuß daselbst im Preise von 26 700 M erworben hat. Somit besitzt der Konsumverein Kronach ein massiv gesautes, in der schönsten Lage der Stadt gelegenes Haus, welches noch verschiedenen anderen Neuerungen Raum bieten dürfte. Auf Vorschlag des Aufsichtsrats wurde dem Vorstande für die gute Geschäftsführung Entlassung erteilt. Sodann referierte Herr Scheibel über den Wert und Nutzen einer eigenen Bäckerei. Zu seinen Klaren, überzeugenden Ausführungen ermunterte der Redner die Mitglieder, danach hinzustreben, die Vereinsreserven möglichst zu stärken und weniger auf eine hohe Dividende zu setzen, damit der Verein baldigst zur Eigenproduktion übergehen könne.

Den Konsumverein Seligenstadt wollten die Bädermeister zu Grunde richten und waren mit allerhand Verbathungen des Vereins bei der Hand. Um dem Konsumverein Konkurrenz zu machen, nahmen die vereinigten Bädermeister eine Proklamierung von 10 Prozent vor; doch haben die Bädermeister ein, daß bänder Eifer nur

schadet. Sie konnten mit den so ermäßigten Preisen nicht auskommen und beschloffen bereits nach wenigen Tagen in einer Versammlung, eine Preiserhöhung vorzunehmen. Nun haben die Herren zu ihrem Schanden auch noch den Spott des Publikums!

Im Herzogtum Meiningen haben nach dem Wochenbericht von 21 bestehenden Konsumvereinen 6 eigene Bäckereien.

Aus dem Bericht über die Versammlung des Konsumvereins Triberg — der im letzten Jahre 39 364 M umsetzte — ist zu entnehmen, daß auch dieser kleine Verein bereits eine eigene Bäckerei besitzt.

Die Konsumgenossenschaft für Berlin und Umgegend plant die Errichtung einer eigenen Großbäckerei. Dem Verein sind im letzten Jahre drei kleinere Konsumvereine von Berlin und Umgegend beigetreten und hat sein Wirkungskreis sich bedeutend erweitert, so daß wohl mit einem Jahresumsatz von 800 000 M gerechnet werden kann.

Die Breslauer Genossenschaftsbäckerei, die 1900 von einigen gemäßigten Kollegen errichtet wurde, verkaufte nach ihrem Jahresbericht 1902 für 125 038.56 M Badwaren. Für Rohmaterial wurde vorausgabt 94 159.03 M, dagegen an Lohn 17 151.23 M bezahlt. Der Bericht weist einen Reingewinn von 2333.75 M auf. Zu den 8 Mitgliedern sind 24 neue Mitglieder hinzugekommen, ein Mitglied ist gestorben, so daß am Jahresluß 31 Mitglieder verbleiben.

Der Konsumverein Rudolstadt hielt am 8. Februar seine von 400 Mitgliedern besuchte Generalversammlung ab. Aus dem durch den Geschäftsführer vorgebrachten Bericht über das abgelaufene 15. Geschäftsjahr ist zu ersehen, daß die Genossenschaft trotz mehrfacher ungünstiger Anfeindungen sich immer bedeutender entwickelt, da sich die Mitgliederzahl von 1336 auf 1475 und der Warenumsatz im eigenen Geschäft von 321 231 M auf 365 169 M erhöhte. Der Tages-Durchschnittsumsatz im Laden inkl. Bäckerei betrug 1000 M (880 M im Vorjahre), mit dem Lieferanten-geschäft 1475 M (1209 M) pro Tag. Die am 1. Juli eröffnete zweite Verkaufsstelle berechtigt zu den besten Hoffnungen, da dieselbe bis zum 31. Dezember einen Umsatz von 75 062 M erreichte. In unserem Bäckereibetriebe wurde ein Umsatz von 97 401 M (82 875) erzielt, und zwar wurden 115 268 (96 973) Stück Brote und für 21 026 M (17 596) Semmeln und Zwieback produziert. An Steuern zahlte die Genossenschaft 4907 M. Die Generalversammlung beschloß, den Reingewinn im Betrage von 69 287.45 M (54 825) in folgender Weise zu verteilen: 5 Prozent Reservefondszuschuß 3464 M; 13 Proz. Dividende auf Ladenmarken 46 847.71 M; 5 Proz. Dividende auf Lieferantenmarken 8449 M; 3 Proz. Kapitaldividende 1164.24 M; Markenreserve pro 1902 1000 M; dem Fiskalfondsconto wurden 3000 M, dem Haus-erneuerungsfondsconto 2000 M, dem Dispositionsfondsconto 500 M zugeschrieben; ferner beschloß man von dem Grund-stückskonto, welches mit 73 801 M zu Buche steht, 1000 M extra abzuschreiben, desgleichen von dem Inventarkonto 500 M. Dem Aufsichtsrat wurden 800 M Entschädigung bewilligt und 562.50 M als unverteilter Reingewinn pro 1903 vorgebracht. Am 1. Januar waren 59 073 M als angelegte Gelder vorhanden und die Hypothekenschuld betrug 27 776 M. — Der Bericht zeigt ein erfreuliches Wachstum des Vereins und bedeutende Zunahme des Umsatzes der Bäckerei. Nur hätten unsere dort beschäftigten Mitglieder, die schon vor längerer Zeit berechnigte Forderungen um eine Besserstellung in ihrem Lohn der Verwaltung einreichen, gewünscht, daß die Verwaltung derartige Fragen etwas schneller zur Erledigung bringen würde, eventuell auch diese der Versammlung unterbreiten würde, denn sie glauben nicht, daß die Verzögerung ihrer berechtigten Wünsche von den Mitgliedern des Vereins gebilligt wird!

Bemerkenswertes aus den Mitgliedschaften.

Dresden. In einer stark besuchten Mitgliederber- sammlung am 5. Februar beschäftigten sich die Mitglieder mit dem Reglement zur Arbeitslosenunterstützung. Bezüglich Änderung desselben beschloß man sich vor, diesbezügliche Anträge in einer späteren Versammlung zu beraten und dem Verbandstag in Magdeburg zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Im weiteren hielt der Kollege Kahl einen inter- essanten Vortrag über: „Die Bäckerei in alter und neuer Zeit“. Beschlossen wurde, am Montag, den 16. Februar, eine Besichtigung der Simonsbäckerei vorzunehmen. — Am 12. Februar fand alsdann eine öffentliche Versammlung statt, die ebenfalls stark besucht war. Hier referierte der Kollege Kahl über das Thema: „Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage unserer Kollegen in Dresden, und wie lange sind dieselben noch gewillt, in derselben weiter zu beharren?“ Von allen Diskussionsrednern wird anerkannt, daß die Zustände von Tag zu Tag immer trauriger werden und daß nur eine starke Organisation im Stande ist, bei gegebener Zeit Abhilfe zu schaffen. Eine entsprechende Resolution fand einstimmige Annahme. Der Erfolg der Versammlung war 19 Neu- aufnahmen, so daß seit Neujahr deren insgesamt 46 zu ver- zeichnen sind.

Die Generalversammlung der Mitgliedschaft Frank- furt a. M. fand am 4. Februar im Gewerkschaftshaus statt. Zur Eröffnung wurde ein Lied von der Gesangs- abteilung vorgelesen. Nach einer Ansprache an die Mit- glieder gab Kollege Leidig den Vorstandsbericht. Im ver- flossenen Jahre fanden statt: 12 ordentliche und eine außer- ordentliche Mitgliederversammlung, 8 öffentliche Versam- lungen und 21 Vorstandssitzungen. Ein Diskutierklub wurde gegründet. Dann erstattete Kollege Rörpel den Kasfenbericht: Kasfenbestand vom Jahre 1901 132.31 M, Gesamt-Ein- nahmen 1958.68 M; Summa 2090.99 M. Gesamt-Aus- gaben 1968.42 M; bleibt Bestand 122.57 M. Der Kasfen- bericht wurde von den Revisoren für richtig erklärt und dem Kassierer Deharge erteilt. Kollege Wagner teilte sodann mit, daß die Gesangsabteilung ein schweres Jahr hinter sich habe und daß pro Woche und Mitglied 10 S Beitrag er- hoben werden zur Verteilung der Unkosten. In der Dis- kussion führten die Kollegen Jöst und Feuerleber an, daß sie auch den Agitationsbericht verlangen; letzterer beschwor sich, daß dem Kollegen Rieß das Baumaterial vorgekommen wurde. Jöst entgegnete, daß sie vom Hauptvorstand beauf- tragt seien. Kollege Goldstein rief, daß die Bäckereikontrolle nicht mehr ausgeübt wird und wünscht bessere Kollegialität. In den Vorstand wurden gewählt: R. Leidig erster Vor- sitz, Aug. Michel zweiter Vor- sitz, Hans Wörpel erster Kassierer, Wagner zweiter Kassierer, Sander erster Schriftführer, Ehrlein zweiter Schriftführer, Jöst und Goldstein Revisoren. Die Gausvorstandswahl wird auf Antrag Tragerfer verschoben. Unter Verschiedenes führen Jöst und Tragerfer aus, daß die Verbreitung der Flugblätter nur da vorgekommen würde, wo die Verhinderungszücherei an der Tagesordnung sei.

Am 3. Februar fand in Friedrichs ort bei Kiel eine öffentliche Versammlung statt; zu welcher auch eine An- zahl Mitglieder aus Kiel erschienen waren. Kollege Ruh- baum referierte in ausführlicher Weise über „Zweck und Nutzen des Verbandes“ unter dem Beifall der Versammlung. Mehrere Diskussionsredner äußerten sich im Sinne des Re- ferenten und waren vier Neuaufnahmen zum Verbands- der Erfolg unserer Mühe. Kollege Löfström, der Einberufer der Versammlung, führte dann aus, der Zweck der heutigen Versammlung sei der, seitens der hiesigen Kollegen einen Antrag an die Innung Ederförde zu stellen, damit uns an den Festen Ostern, Pfingsten und Weihnachten je ein freier Tag gewährt wird. Demgemäß wurde dann auch beschloffen.

In Hannover sprach am 10. Februar über zirka 200 versammelten Kollegen unter dem Beifall der übergroßen Mehrheit der Versammlung Arbeitsekretär Schrader über: Wo bleibt die angekündigte Verordnung über die Einrichtung und den Betrieb der Bäckereien? Zum Schluß forderte er die Kollegen zum Beitritt in den Verband auf. Jetzt kam der getreue Schard des Herrn Ruhn und legte für die Meister eine Lanze ein; derselbe war der Meinung, daß ein Mann wie Schrader oder sonst ein anderer Referent nicht in der Lage sei, über die Verhältnisse der Bäckereigehülfen zu sprechen, weil der Bäckerberuf ein so eigenartiger sei. Die Meister täten alles für die Reinlichkeit der Bäckereien, die Gehülfen seien meist selbst schuld daran, wenn es in einer Bäckerei nicht wäre, wie es sein müßte. Auch das Kostwesen müsse man anders auffassen, wie es vom Referenten geschildert würde. Wenn 10 M für Kost gerechnet würden seitens der Meister, so müsse man eben bedenken, daß die Frau Meisterin doch auch noch etwas dabei verdienen müsse. Scharf trat diesem der Altgeselle und Vorsitzende der Krankenkasse, Kollege Basilius entgegen, der dem Kollegen Götz den Rat gab, seinen ihm von Herrn Ruhn eingepflogten Wöhsinn doch anderswo zu verzapfen, als in einer Versammlung, wo wir die Inter- essen der Gehülfen wahren wollten. Früher, als der Kollege Götz noch im Hainholz arbeitete, sei er zu keiner Versammlung gekommen trotz wiederholter Aufforderung. So lange er aber bei Herrn Ruhn arbeite, wolle er auch die Interessen der Gesellen vertreten, dieselben seien aber auch danach. Redner erwähnt dann die miserablen Bäckereien und Schlaf- räume der Gesellen hier am Orte und bringt zahlenmäßige Beweise über die Krankheiten am Orte; daß Krätze eine sehr häufige Krankheit der Gesellen sei und selbst der Gehülfen der Herren Amtsmeister, die immer über die Sauberkeit der Bäckerei renommieren. Ob die Krätze auch wohl von der großen Sauberkeit komme. Der Höhepunkt der Kadauflust der 40 bis 50 Innungsstrabanten war erreicht, als folgende Resolution mit dreiviertel Majorität angenommen wurde: Die heute versammelten 200 Bäder protestieren gegen die Agitation der Meister über den Maximalarbeitsstag und er- warten das baldige Inkrafttreten der Verordnung über Neu- einrichtung und den Betrieb der Bäckereien, welche 1900 im Entwurf erschienen ist. Ebenfalls protestiert die Versammlung gegen die Verträge der Meister, die Sonntagsruhe zu ver- ringern oder ganz unzulässig zu machen.“ Als nach An- nahme dieser Resolution mit überwältigender Majorität der Schluß der Debatte angenommen wurde, machten die In- nungsstrabanten einen solchen Kadau, daß der Beamte die Versammlung auflöste.

In Lüneburg fand am 5. Februar die General- versammlung statt. Nachdem der Schriftführer das Proto- koll verlesen, erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Nach demselben fanden im verfloffenen Jahre 10 Mitglie- der-Versammlungen, 7 Vorstandssitzungen und eine öffentliche Versammlung statt. Referate wurden vier von Kollegen am Orte und zwei von Kollegen aus Hamburg gehalten. Die Agitation unter den uns fernstehenden Kollegen wurde mehrfach betrieben, jedoch ohne Erfolg. Im Oktober wurde der Arbeitsnachweis errichtet. Der Vorsitzende schloß mit einem Appell an die Kollegen, sich in diesem Jahre der Agitation etwas mehr anzunehmen und nicht alles einzelnen Mitgliedern aufzubürden. Der Kasfenbericht zeigte folgen- des Resultat: Gesamteinnahme 287.10 M, Gesamtausgabe 277.70 M, bleibt Bestand 9.40 M. Dem Kassierer wurde Deharge erteilt. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: H. Klisch, Vorsitzender; G. Schnell, Kassierer; Fr. Higner, Schriftführer; E. Götz und W. Pleger, Revisoren. Als Kartelldelegierter wurde Klisch wiedergewählt. Beim letzten Punkt, „Verschiedenes“, wird noch ein Antrag des Kollegen Schnell angenommen: „Noch nicht bezugsberechtigte Kollegen, die aber drei Monate dem Verbands angehören, mit 50 S aus der Lokalkasse zu unterstützen.“

Am 11. Januar fand in Meuselwitz die General- versammlung statt. Der Vertrauensmann, Kollege Kläffig, erstattete den Jahres- und Kasfenbericht. Aus dem Jahres- bericht ist zu bemerken: sechs Aufnahmen neuer Mitglieder wurden vorgenommen; Mitgliederber- sammlungen fanden neun statt, in diesen wurden zwei Referate von unseren Kollegen W. Kahl und D. Freitag gehalten. Der haupt- sächlichste Beratungsgegenstand in mehreren Versammlungen war die Einführung einer obligatorischen Steuer zum Ge- werkschaftskartell mit 10 Pfg. pro Mitglied und Monat, um die Kosten des seit dem 1. Januar 1903 eingeführten Erbvertragswesens zu bestreiten. Der Kasfenbericht weist folgende Einnahmen und Ausgaben auf: Einnahmen 294.15 M, Aus- gabe 277.71 M; verbleibt ein Kasfenbestand von 16.44 M. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kollegen Kläffig ein- stimmig Deharge erteilt. Bei der Neuwahl werden folgende Kollegen in den Vorstand gewählt: Fr. Kläffig, Ver- trauensmann; L. Wiemann, Stellvertreter; W. Triembach, Schriftführer; B. Steger und A. Roth, Revisoren; W. Bachmann und A. Roth, Delegierte zum Gewerkschafts- kartell.

Bekanntmachung des Hauptvorstands.

Nach §§ 25 und 27 des Statuts hat der Verbands- vorstand folgendes

Wahlreglement

für die Delegiertenwahl zum 9. ordentlichen Verbandstag beschloffen:

Die Wahlen werden in solchen Mitgliedschaften, welche jede allein einen Wahlkreis bilden, von dem Vorstand der Mitgliedschaft geleitet, dasselbe geschieht auch in solchen Mit- gliedschaften und Zahlstellen, von denen mehrere zusammen einen Wahlkreis bilden. Doch erfolgt in solchen Wahlkreisen die Zusammenstellung des Wahlergebnisses, wie die Anbe- räumung der sich etwa nötig machenden Stichwahlen durch die vom Verbandsvorstand ernannte Wahlkommission (als solche fungieren die Gausvorstände, deren Adressen unten be- zogen gegeben sind), während in einer Mitgliedschaft, die allein einen Wahlkreis bildet, der Vorstand dieses auszuführen hat.

Die Wahlversammlung leitet der Vorsitzende resp. der Vertrauensmann der Mitgliedschaft resp. Zahlstelle, ist er jedoch mit als Kandidat aufgestellt, so hat sein Stellvertreter resp. ein anderes Vorstandsmitglied die Wahl zu leiten.

Vorschläge von Kandidaten.

Zur Vermeidung einer zu großen Stimmenersplitterung wird es sich empfehlen, wenn die zu den einzelnen Wahl-

Die vorgeschlagenen Kandidaten müssen dem Wahlkomitee bis spätestens am 15. März 1903 mitgeteilt sein.

Die vorgeschlagenen Kandidaten müssen dem Wahlkomitee bis spätestens am 15. März 1903 mitgeteilt sein.

Wahlberechtigung und Wählbarkeit. Wahlberechtigt und wählbar ist jedes Verbandsmitglied.

Die Wahl der Delegierten erfolgt in einer Mitglieder- versammlung und kann sich über die ganze Dauer derselben

Nach Bekanntgabe des Eintritts in die Wahlhandlung ist eine Vertagung der Wahlhandlung auf eine spätere Ver-

Die Wahl erfolgt mittels Stimmzetteln und sind vorher die Namen sämtlicher Kandidaten der Wahlabteilung den

Jedes wählende Mitglied erhält einen mit dem Orts- stempel versehenen und beschriebenen Stimmzettel und kann

Prüfung und Zusammenstellung des Ergebnisses durch das Wahlkomitee.

Nach Eingang der Wahlergebnisse und Protokolle hat der Vorsitzende des Wahlkomitees sofort, jedoch nicht vor dem

In dieser Sitzung werden die Protokolle über die Wahlen in den einzelnen Wahlstellen durchgesehen und das Wahl-

Gewählt als Delegierter ist dasjenige Mitglied, welches die höchste Stimmenzahl erhalten hat, wenn es mindestens eine

Stimmwahl. zu veranlassen, zu welcher von den Kandidaten nur diejenigen in Frage kommen, welche die höchste Stimmenzahl erhalten

In diesem Falle ist den Mitgliedern der Wahlab- teilung das Wahlergebnis sofort, jedoch nicht vor dem

Die Zusammenstellung und Prüfung durch das Wahl- komitee darf vor dem 8. Mai 1903 nicht erfolgen.

Nach der Prüfung der Stimmabrechnungen stellen die Ver- sammlungen wie bei der Hauptwahl mit der Genehmigung, daß

Mitteilung des Endergebnisses. Zusammenstellung des Mandats.

Die Wahl ist endgültig entschieden, so ist das Ergebnis der Mitglieder- versammlung sowie dem Verbandsvorstand, letzterem

Der Verbandsvorstand stellt hierauf die Mandate aus und sendet sie den gewählten Delegierten; die Mandate dienen

Kontrolle über die Wahl der Delegierten.

Die Wahl der Delegierten wird durch den Verbands- vorstand kontrolliert; dieser ist auch verpflichtet, jede auf die

Verhinderung eines gewählten Delegierten. Ein Mann.

Zu ein Delegierter durch unvorhergesehene Ereignisse verhindert, sein Mandat auszuüben, so hat er dies dem

Vorstand umgehend mitzuteilen, welcher dann als Ersatzmann denjenigen Kandidaten mit der Vertretung beauftragt, der

Die Einzelmitglieder in Sachsen können dem Verbandsvorstand Kandidaten vorschlagen, welcher dann

Wahlkreis-Einteilung.

Table with 3 columns: Mitgliedschaften u. Zahlstellen, Zahl der Deleg., and a list of 22 regions including Kiel, Lübeck, Altona, Hamburg, etc.

(Diese Mitgliederzahl hat der Vorstand in der Weise berechnet, indem er als Durchschnittszahl im Quartal

Als Wahlkomitee hat der Vorstand folgende Gausvor- stände beauftragt. (Dabei hat der Vorstand nur die Gau-

Adressen der Wahlkomitees. 1. 2. 5. 6. und 22. Wahlkreis: Fr. Billekamp,

9. Wahlkreis: Karl Heijold, Berlin, Rheins- bergerstr. 17, Quergeb. II.

12. und 13. Wahlkreis: Wilhelm Kahl, Dresden- Altstadt, Freibergerplatz 11.

14., 15. und 17. Wahlkreis: Al. Janker, München, Kellerstr. 30 III.

18., 19. und 21. Wahlkreis: Ant. Kanke, Stutt- gart, Bahnhöfstr. 7 III r.

Der Verbandsvorstand. J. A. D. Almann, Vorsitzender.

Quittung.

In der Woche vom 9. bis 15. Februar gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Für Monat Januar: Mitgliedschaft Nürnberg M 66.20, Braunschweig 61.50, Wiesbaden 43.20, Lübeck 94.—, Ludwigschafen 25.50, Leipzig 217.10, Leipzig (Einzel-

Von Einzelsachlern der Hauptkasse: O. H. Schwann M 210, O. K. Weipfels 3.70, R. S. Dörffmann 5.—, A. D. Pawlitz 6.50.

Für Abonnements und Anzeigen: O. G. Leipzig M 4.—, E. P. Dresden 14.40, E. R. K. Halle 3.—, R. W. Hamburg 2.70, R. B. Dresden 3.60, O. R. Hamburg 3.35.

Der Hauptkassierer. Fr. Friedmann.

Briefkasten.

Halle P. D. Das Eingekamte kann keine Aufnahme finden. Für bezahlte Beiträge, die sie gegen das Mitglied

— Anzeigen. —

Kranken- und Sterbefälle für Bäder und verwandte Berufsgruppen zu Hamburg (G. S. Nr. 49).

Donnerstag, 26. Februar, Nachm. 5 Uhr, General-Versammlung bei Herrn Hilmer, Gänsemarkt 35.

Tagesordnung: 1. Vorlage der Jahresabrechnung. 2. Bericht der Revisionen. 3. Wahl des Vorstandes.

4. Bericht der Delegierten vom Verband freier Krankentassen. Mitgliedsbuch legitimiert! A 450] Der Vorstand.

Mitgliedschaft Hamburg.

Die Bezirksversammlungen finden in der bisherigen Weise laut Beschluß des Vorstandes und der Bezirks-

Wir erwarten dann auch vollständiges Erscheinen der Mitglieder!

M 2.20] Der Vorstand.

Unserem Mitarbeiter und Vorsitzenden, Kollegen Paul Klitzsch nebst Braut zum frohen Hochzeitsfeste die herzlichsten Glück- und Segenswünsche!

Seine Mitarbeiter in der Vereinsbäckerei Lüneburg, E. G. M 2.]

Anklärende Schriften! Zur Anschaffung sehr empfohlen: Nieuwenhuis, Die Bibel, ihre Entsteh.

Allen Münchner Bäckergehülfen

empfehlen ihre freundliche Gastwirtschaft mit ausge-

Max und Marie Saller, Restaurant Kaiserfrone,

Ecke Vanden- und Buttermelcherstraße.

Bereinstotal des Krankenvereins und Radfahrklub.

Achtung! Bäcker Berlins! Achtung!

Empfehle den geehrten Herren Bäckern meine freundlichen Lokalitäten. Gute Getränke, gross-

Achtungsvoll Johann Boss,

Klosterstr. 101, Verbandslocal.

J. J. Grünberg, Tanz- Lehr- Institut

Hamburg-St. Pauli, Thalstraße 45, part.

Großer Saal. Elegante Damen- und Herren-Zimmer.

Ungenieter Eingang durch den Garten.

Einzigstes Privat-Institut Hamburgs mit separaten

Kursen für Bäder.

Privatunterricht zu jeder gew. Zeit gänzlich ungeniert!

Sämtliche Münchner Bäckergehülfen

treffen sich jeden Sonntag, Mittwoch und Freitag zum gemütlichen Tarock oder Billard-Partie im

Café Wittelsbach, Herzog Wilhelmstr. 32.

Versammlungs-Anzeiger.

Altona. Dessenkl. Berf. Sonntag, 22. Febr., Nachm.

3 Uhr, bei Osterhof, Langestr. 50.

Bremen. Dessenkl. Berf. Sonntag, 8. März, Nachm.,

3 1/2 Uhr, bei Wehel, Ansgarithorstr. 12.

Braunschweig. Mitgl.-Berf. Sonntag, 8. März, im

Gewerkschaftshaus, Werder 32.

Bromberg. Mitgl.-Berf. Dienstag, 3. März, Nachm.

4 Uhr, im „Tivolli“, Thalstraße.

Dreslau. Jeden Dienstag 3 1/2—5 Uhr, Diskutierklub

im „Gewerkschaftshaus“, Zimmer 3.

Wafel. Zusammenkunft jeden Donnerstag. Mitglieder-

Berf. jed. erst. Dienstag im Monat im Hotel Blume,

Schwanengasse, bei der alten Rheinbrücke.

Berlin. Diskutierstunde jeden Donnerstag, Nachm.

3 1/2 Uhr bei Hoff, Klosterstr. 101.

Cassel. Mitgl.-Berf. Donnerstag, 5. März, Nachmittags

4 Uhr, bei Hartmann, Schäfergasse 14.

Düsseldorf. Mitgl.-Berf. Sonntag, 1. März, Nachm.

3 1/2 Uhr, im Vencatler Hof, Königsallee.

Eiberfeld. Mitgl.-Berf. Sonntag, 1. März, Vorm.

11 Uhr, im „Volkshaus“, Hochstr. 82.

Essen a. d. Ruhr. Mitgl.-Berf. Sonntag, 1. März, Nach-

mittags 5 Uhr, in der „Ruffia“.

Frankfurt a. M. Jeden Donnerstag von 4—5 Uhr

Lehrstunde, 5—7 Uhr Diskutierstunde im „Gewerk-

schaftshaus“, Kolleg 5.

Gießen-Wehlar. Mitgl.-Berf. Sonntag, 22. Febr., Nachm.

3 Uhr, im „Wiener Hof“, Johannisstr., Gießen.

Hamburg. (Sektion Grobbäder.) Berf. Sonntag, den

22. Februar, Nachm. 2 Uhr, bei Horn, Hohe Bleichen

12. Mitgl.-Berf. Sonntag, 1. März, Nachm. 4 Uhr,

bei Schröder, Am Markt.

Leipzig. Diskutierklub jeden Mittwoch, von 5—7 Uhr,

in der „Flora“, Windmühlenstr. 14—16.

Menzelwitz. Außerordentl. Mitgl.-Berf. Sonntag, den

22. Februar, Nachm. 3 Uhr, im Restaurant „Glück auf“

(Referent: W. Kahl).

Menzelwitz. Mitgl.-Berf. Sonntag, 1. März, im Restaur.

„Glück auf“.

Nürnberg. Mitgl.-Berf. Sonntag, 1. März, Nachm.

4 Uhr, bei Kellermann, Bismarckstr. 7.

Offenbach a. M. Jeden Donnerstag, Nachm. 2 Uhr,

Diskutierstunde in „Stadt Heidelberg“, Gr. Biergrund 41

Dorstandsbericht.

(Schluß)

In der Brolfabrik Linden bei Hannover, in welcher 8 Mitglieder und 2 Nichtmitglieder (Oberbäcker) beschäftigt waren, trug sich Ende September folgendes zu:

Am 16. September war Kollege Allmann gelegentlich einer Versammlung in Hannover und wurde ihm seitens der führenden Kollegen in unserer Mitgliedschaft die Mitteilung, daß acht in der Brolfabrik Linden beschäftigte Kollegen sich dem Verbande angeschlossen haben und diese gefonnen wären, an die Fabrikleitung eine Lohnforderung zu stellen. In einer Besprechung mit diesen Kollegen ließ Allmann dann keinen Zweifel darüber, daß der Verbandsvorstand nur Lohnbewegungen in einzelnen Betrieben gutheissen würde, wenn bei deren Vorbereitungen strenge die Bestimmungen des Streikreglements eingehalten würden.

Da die acht Kollegen zum Sonnabend den 20. September eine Sitzung mit den in ihrem Betriebe beschäftigten Millern hatten, ersuchte A. noch den Vorsitzenden der Mitgliedschaft, den Kollegen Heinrichs, desgleichen Kollegen Bösch, an dieser Sitzung teilzunehmen, damit in dieser Besprechung keine unüberlegten Beschlüsse gefaßt würden. A. fuhr nun nach Hildesheim und kam am Sonntag in Gelle eine Versammlung hatte, den Sonnabend wieder über Hannover dahin fahren mußte, so ging er selbst mit in diese Sitzung. Nachdem in derselben die Verhältnisse in der Fabrik und die Wünsche bezüglich Lohnhöhung erörtert worden waren, brachte einer unserer dort beschäftigten Mitglieder folgendes vor: Er habe bei dem kürzlich stattgefundenen Konflikt, den die Müller mit der Fabrikleitung wegen ihrer damals gestellten Lohnforderungen hatten, auf Wunsch des Direktors der Fabrik einem Verwandten (ober Bekannten? D. Red.), der Müller ist, geschrieben, jetzt zu kommen, um in der Fabrik als Müller anzufangen. Das hieß nichts anderes, als dieser unser Kollege hatte der Fabrik einen Streikbrecher herangeschleppt, als die Müller sich mit derselben im Konflikt befanden. Einer der in der Sitzung anwesenden Müller nagelte dieses sofort in ruhiger Weise fest, worauf der Bäcker aufsprang und sein Bierglas anfaßte, jeden Augenblick bereit, es seinem Arbeitskollegen, der die Heldentat des Ersteren festnagelte, ins Gesicht zu schlagen. Nur mit Mühe ließ sich der erregte Mensch zur Ruhe bringen und wollte sich schließlich nur in seinen Ausführungen besprochen haben. Nach diesem Vorfall gab Allmann die Erklärung ab: „Das Verhalten unserer Kollegen hat gezeigt, daß dieselben noch nicht einmal in Ruhe ihre Verhältnisse besprechen, geschweige denn eine Lohnbewegung durchführen können. Ich kann Euch nur raten, jetzt nach Hause zu gehen und erst durch längere Zugehörigkeit zum Verbande und strenge Erfüllung Eurer statutarischen Pflichten wie durch kollegiales Verhalten in Eurer Werkstätte zu beweisen, daß Ihr wirklich überzeugte Mitglieder des Verbandes geworden seid. Wenn ich jetzt von diesen Vorgängen in unserer Sitzung des Verbandsvorstandes berichte, so ist es gänzlich ausgeschlossen, daß der Vorstand Eure Lohnbewegung genehmigt; denn wir haben keine Lust, eine Sache gutzuheissen, die unter solchen Umständen aussichtslos ist.“

Nach dieser Erklärung einigten sich die Kollegen schließlich dahin, auf eigene Faust einen Versuch zu machen, ihre Lage zu verbessern und wählten eine Kommission, welche mit den Vorständen der Zahlstellen vom Müller- und Bäckerverbande die Sache weiter verfolgen und weitere gemeinsame Sitzungen abhalten sollte.

Am 29. September erhielt der Verbandsvorstand ein Schreiben, in dem der Kollege Heinrichs mitteilte, daß man in einem höflichen Schreiben der Direktion der Brolfabrik (S. Forderungen in Nr. 40 ds. Bl.) die Forderungen eingereicht habe und daß die im Betriebe beschäftigten Müller sich mit den Bäckern solidarisch erklärt hätten.

Gleichzeitig mit dem Schreiben kam aber auch folgendes Telegramm: „Nicht Bäcker der Brolfabrik ausgesperrt, was zu machen; Antwort sofort. Bösch.“ Darauf schrieb der Verbandsvorstand an Bösch und Heinrichs, sie möchten sofort gemeinsam mit dem Kartellvorsitzenden eine Unterhandlung mit der Direktion anzubahnen versuchen, daß die Aussperrten wieder eingestellt werden. Weiter enthielt dieses Schreiben folgende Wendung: „Ich habe zum Mittwoch Vorstandssitzung einberufen, in der wir uns mit der Sache beschäftigen, aber das kann ich Dir schon im Voraus sagen, Aussicht ist garnicht vorhanden, daß die acht Mann vom Verbande unterstützt werden; höchstens, daß wir den Mitgliedschaften Sammellisten senden, das wäre das Einzige, was wir tun könnten.“ — In der Vorstandssitzung wurde beschlossen, — nachdem es zunächst scharf gerügt war, daß noch kein eingehender Bericht von Hannover eingelaufen, — daß auf Grund des Streikreglements die Leute aus der Hauptkassette nicht unterstützt werden können, im Uebrigen solle erst eingehender Bericht verlangt werden, ehe die Frage einer eventuellen Sammlung unter den Mitgliedern erörtert werden könnte. Andern Tags traf ein Brief von Hannover ein, der uns vermuten ließ, daß man uns etwas vorgefunkert, als man uns eine Aussperrung meldete. Der Brief lautete:

Werther Kollege!

Vom Kartellvorsitzenden ist die Anfrage an mich ergangen: „Wie stellt sich der Hauptvorstand zu dieser Sache betreffs der Unterstützung?“ Bitte um Antwort. Der Direktor läßt sich auf nichts ein; der Vorsitzende vom Kartell war heute bei ihm. Es war das einzig Richtige, daß sie sofort alle gleich die Arbeit niedergelegten; denn hielten sie die acht Tage Kündigung aus, dann wäre bloß die Hälfte angeschribt. Es glaubte Niemand an solchen Ausgang. Die Stimmung kauft Du Dir denken; acht Verheiratete mit 17 Kindern und dann am Quartalswechsel! Unterliegen wir, so sind wir für immer hier in Hannover fertig. Bitte um baldige Antwort.

Mit Gruß

G. Heinrichs.

Darauf wurde folgendes an unsere Mitgliedschaft Hannover geschrieben:

Werte Kollegen! Am Dienstag wurden wir durch Kollegen Bösch mittels Depesche unterrichtet, daß unsere acht Mitglieder in der Brolfabrik Linden ausgesperrt seien; jetzt dagegen geht aus Deinem Schreiben und den Meldungen der Blätter hervor, daß die acht Kollegen die Arbeit niedergelegt haben, also garnicht ausgesperrt sind; — man hat uns also per Telegramm die Unwahrheit berichtet, was um so verwerflicher ist, als wir gezwungen waren, diese Unwahrheit zu glauben und sie in unserem Fachblatte in die Welt hinausposaunt haben. — Wir ersuchen nun dringend, uns sofort wahrheitsgemäß zu berichten, ob diese acht Mann die Arbeit niedergelegt haben oder ausgesperrt,

also entlassen wurden. Ehe wir hierüber die Wahrheit nicht in Händen haben, können wir überhaupt in der Sache nichts beschließen. — War nun aber nach unserem Statut und Streikreglement nicht daran zu denken, die Kollegen, die erst 1 bis 3 Monate Mitglieder des Verbandes sind, zu unterstützen, wenn sie ausgesperrt waren, so ist es vollständig ausgeschlossen, daß sie aus der Hauptkassette unterstützt werden, wenn sie die Arbeit niedergelegt haben, also in einen Streit ohne unsere Genehmigung eingetreten sind. Seht bitte das Streikreglement nach und Ihr werdet finden, daß wir sie in diesem Falle nicht unterstützen können. Wir werden dies auch sofort dem Gewerkschaftstarell berichten.

Wenn die Kollegen ohne unsere Genehmigung die Arbeit niedergelegt haben, so haben sie eben eine große Dummheit gemacht, die noch größer wird, wenn der Vorstand unserer Mitgliedschaft dieselbe gutgeheissen hat. — In der betr. Sitzung hat doch der Verbandsvorsitzende nachdrücklich vor übereilten Schritten gewarnt und erklärt, die Kollegen sollten doch erst unter sich selbst einig werden und erst durch längere Zugehörigkeit zum Verbande beweisen, daß sie wirklich treue Mitglieder der Organisation werden wollen und eher sei nichts zu machen. Wie ist es denn daraufhin nur möglich, daß so blindlings, ohne uns zu fragen, die Arbeit niedergelegt wurde?

Mit Gruß Der Verbandsvorstand.

Gleichzeitig wurde das Kartell unterrichtet, wie die Sache lag und welche Stellung der Verbandsvorstand in der Unterstützungsfrage einnimmt.

Darauf erhielt der Vorstand endlich am 6. Oktober eine kurze Schilderung, wie die Arbeitsniederlegung erfolgt sei, die bereits am 30. September hätte in seiner Händen sein müssen. Es heißt in dem Schreiben zu der Sache:

An den Hauptvorstand der Bäcker!

Folgendermaßen liegt die Sache: Am 29. September sind die Forderungen eingereicht, Morgens per Post. Nachmittags 4 Uhr konnten wir schon in der Zeitung lesen, ehe überhaupt seitens der Direktion ein Wort mit den Bäckern unterhandelt worden ist: „Tüchtige Bäcker werden bei gutem Lohn und dauernder Beschäftigung gesucht. Hannover'sche Brolfabrik.“ Abends 6 Uhr wurden die Kollegen einzeln hineingerufen und sollten erklären, ob sie zu den alten Bedingungen weiterarbeiten wollten oder nicht, der konnte in acht Tagen aufhören; da haben diese, mit Ausnahme von Meyer, geantwortet, sie schlossen sich der Mehrzahl an, denn der Direktor wollte keinen Pfennig Lohn mehr geben. Darauf sind die Kollegen Klein und Mathies noch einmal hineingegangen, um mit dem Direktor zu unterhandeln. Sie sind von 24 A bis auf 21.50 A heruntergegangen für zwei Mann, die jetzt schon 21 A haben (denn 22 A, wie Allmann schreibt, hatten die Kollegen überhaupt nicht) und für die übrigen Kollegen auf 21 A. Der Herr hat einfach geantwortet, er wolle Herr im Hause sein und ließe sich keine Vorschriften machen, denn er müßte selber wissen, was er für einen Lohn zahlen könnte. Sie haben darauf das Zimmer verlassen, der gute Mann hinter ihnen durch und sagte zu allen, wer zu den alten Bedingungen nicht arbeiten wolle, könne aufhören. Darauf haben die Kollegen die Arbeit niedergelegt. Ich bin sofort zum Kartellvorsitzenden gegangen und der ist am andern Morgen vorstellig geworden; allerdings hat sich der Herr Direktor verweigern lassen, bis der Kartellvorsitzende allein hingegangen ist; da hat er denn den Direktor getroffen und mit ihm unterhandelt. Allerdings hat sich der gute Mann auf den Unternehmensstandpunkt gestellt: Herr im Hause, Schraube ohne Ende und was dergleichen mehr ist. Am andern Tage sind drei von den Kollegen vorstellig geworden, da ist ihnen gesagt worden, daß im Betriebe keine Verbandsgehilfen beschäftigt werden sollen und sie möchten mit dem Vorsitzenden vom Kartell nur sagen, daß wir keine Fabrik nicht wieder betreten sollten; er wolle keine Sozialdemokraten in seinem Betriebe wissen. Ob eine solche Entlassung einer Maßregelung nicht ebenso ähnlich sieht wie ein Ei dem andern, möge sich jeder selbst beantworten. Seitens des Kartells wurde der Bontott über die Fabrik verhängt, weil das Kartell der Meinung war, daß der Direktor, der gesagt hat, Sozialdemokraten nicht mehr beschäftigen zu wollen, nicht erwarten könne, daß sein Brot den Arbeitern noch schmecken solle. Schlägt diese Sache für uns fehl, dann könnt Ihr getrost die Mitgliedschaft Hannover streichen, denn ich gestehe offen, daß sämtliche Kollegen sehr erköst sind und daß ich Mühe hatte, diese zu beaufsichtigen, denn einige wollten sich mit Basille verbinden und eine Lokalorganisation gründen, dann brauchen sie nicht immer das ganze Geld nach Hamburg schicken und wenn es was geben sollte, dann heißt es einfach: „Es gibt nichts.“ Diese Woche haben wir die Kollegen aus eigenen Mitteln unterstützt. Läßt uns der Hauptvorstand im Stich, dann ist das mein letzter Brief, dann gehe ich zu einer anderen Organisation und die übrigen werden wohl eine Lokalorganisation bilden.

Gruß Heinrichs.

Diese Drohungen kennt man gar nicht mehr besser! Sie kehren immer wieder wenn der Vorstand das nicht tut, was einer Mitgliedschaft oder einzelnen Mitgliedern gerade erwünscht ist. Ihnen zu Liebe soll der Vorstand die Bestimmungen unserer Statuten und Reglements über den Hausen werfen, was aber trotz dieser Drohungen — die ein großes Schlaglicht auf die Ueberzeugungstreue dieser Mitglieder werfen — nicht geschehen wird! Die Mitglieder müssen glauben, daß der Vorstand sehnlichst darauf wartet, Gesuche um Streikunterstützung — bei Inzenerierung derselben hat man natürlich keine Zeit, die Genehmigung des Vorstandes einzuholen — erfüllen zu können!

Der Vorstand der Mitgliedschaft Hannover hielt es nicht für nötig, wie es das Reglement vorschreibt, als die Forderungen formuliert waren, diese einzureichen an den Vorstand, um vor diesem die Genehmigung zum Vorgehen zu erhalten, man machte dem Vorstande dann mit der Depesche eine falsche Meldung, was ernstlich zu rügen ist: man hielt es auch nicht für nötig, sofort einen genauen Bericht zu senden; alle diese Bestimmungen des Reglements übergeht man in leichtfertiger oder absichtlicher Weise — letzteres vielleicht aus dem Grunde, weil man nach den Erklärungen des Vorsitzenden in der Sitzung am 20. September doch einer Absehnung sicher war — aber Geld zu bewilligen, dazu hat man schreiben können. Kann und darf der Vorstand dann aber nichts bewilligen, dann fehlt es nicht an Drohungen, Mißtrauensbetrummungen und dergleichen billigen Sachen mehr!

Man werden unsere Mitglieder mal lernen, aus den Vorgängen bei solchen Gelegenheiten und den Belagerungen

des Vorstandes, stets gleich mit vollen Händen Geld zu bewilligen, die Lehre ziehen, daß sie die Bestimmungen des Streikreglements korrekt durchzuführen haben, und wenn sie das nicht tun, auch auf keinen Pfennig Unterstützung rechnen können.

Am 9. Oktober anlässlich der Volksversammlung hielt nun der Verbandsvorsitzende in Gegenwart des Kartellvorsitzenden eine Sitzung mit dem Vorstand unserer Mitgliedschaft und den Streikenden ab. Dort wurde zunächst festgestellt, daß A. in der Sitzung vom 20. September in der oben angegebenen Weise energisch gewarnt hatte, jetzt in eine Lohnbewegung oder Streit einzutreten, unter den Umständen würde der Verbandsvorstand diese niemals gutheissen.

Ferner wurde festgestellt, daß die Kollegen ohne Wissen des Vorstandes der Mitgliedschaft die Arbeit plötzlich niedergelegt hatten und daß an dem betreffenden Abend die Leute so erregt waren, daß aus ihnen nicht genau herauszubekommen war, ob sie entlassen, also ausgesperrt seien, oder die Arbeit eingestellt hatten, was Anlaß gab zu der falschen Meldung in der Depesche.

Wie in allen solchen Fällen war der Vorstand der Mitgliedschaft ganz kopflos geworden und deren Vorsitzender hatte neben seiner schweren Arbeit im Geschäft kaum eine Stunde Schlaf bekommen, anstatt, wie es in solchen Fällen unbedingt notwendig, sich auf Kosten der Mitgliedschaft auf einige Tage einen Ausschler zu nehmen und alle Sachen in Ruhe zu erledigen und sofort dem Verbandsvorstande einen genaueren Situationsbericht zu senden.

Die Streikenden wie Vorstandsmitglieder gestanden auch ohne Weiteres zu, Fehler und Mißgriffe in der Ueberstürzung und Erregung gemacht zu haben, und hätte Kollege Heinrichs die drohenden Wendungen in seinem Briefe am liebsten nicht gebraucht, als er die Sache aufklärte sah. Den wiederholten Versuchen des Kartellvorsitzenden und unserer Kollegen, Allmann möge doch im Verbandsvorstand darauf bringen, daß die Streikenden aus der Hauptkassette unterstützt würden, mußte sich dieser ablehnend verhalten, weil solcher Versuch ganz aussichtslos sei. Der Vorstand war in seinen wiederholten Beratungen in der Sache zu dem festen Entschluß gelangt, um in dieser so schlechten wirtschaftlichen Periode ausschüttslos Streiks und Sperrten zu vermeiden, müsse in jedem einzelnen Falle genau nach Statut und Reglement verfahren werden, und hiernach mußte er jede Unterstützung verweigern.

Wir bringen hier diese Vorgänge altemäßig, aber nicht deshalb, um nachträglich noch den Kollegen in Hannover für die unbedonnenen Schritte noch große Vorwürfe zu machen, sondern nur, um nochmals überall vor ähnlichen Ueberstürzungen zu warnen und auf deren Folgen aufmerksam zu machen! — Der Kampf ist schließlich im Sande verlaufen. Nachträglich hat der Verbandsvorstand dem Kartell noch eine Beihilfe von 200 A zu den Unkosten des Bontotts bewilligt.

In München trug man sich schon im Sommer 1901 mit dem Gedanken, in eine Lohnbewegung einzutreten, um das Logiswesen der Gehülfen beim Meißler zu beseitigen. Als im August desselben Jahres der Verbandsvorsitzende mit den dortigen Führern eine Sitzung abhielt, wurde man sich dahin einig, diesen Plan vorläufig zu verlagern und falls im kommenden Winter oder Frühling die wirtschaftliche Konjunktur besser und damit die Arbeitslosigkeit in unserem Bezirke geringer würde, wollte man im Frühjahr 1902 daran gehen, diesen Plan zu verwirklichen. Da veranlaßte im November 1901 der Verbandsvorstand die Erhebungen über die Arbeitslosigkeit in unserem Bezirke, welche das Resultat ergaben, daß in 74 Städten — aus denen Angaben zu erlangen waren — von 25 402 ortsanwesenden Kollegen 4716 oder 18 pSt. arbeitslos waren. Die Anzeichen mehrten sich, daß die wirtschaftliche Krise noch größere Arbeitslosigkeit in unserem Bezirke bringen würde, und da erschienen Anfangs 1902 die vor dem Ingenieur von Lohnbewegungen warnenden Artikel in unserem Fachblatt und der Verbandsvorstand warnte wiederholt und so eindringlich wie möglich die Mitgliedschaft München in ausführlichen Schreiben, von der beschlossenen Lohnbewegung angesichts der ungunstigen Verhältnisse Abstand zu nehmen. Aber es war vergebens, man hörte nicht darauf! Aber auch die Organisationsverhältnisse in München hätten den dortigen Führern bei ruhiger Ueberlegung abraten müssen, sich zu solch ungunstiger Zeit in eine Lohnbewegung einzulassen! Nach den gezahlten Beiträgen waren in München von 1500 Gehülfen im ersten Quartal 283 zahlende Mitglieder des Verbandes vorhanden; rechnet man allerdings den Monat April noch mit hinzu, mit 150 Neuaufnahmen, so ergibt das 433 Mitglieder, also es waren verhältnismäßig nur wenig, kaum ein Drittel der dortigen Kollegen organisiert. Wenn dabei öffentliche Versammlungen nach den Berichten der Innungszeitung von 1300 Kollegen besucht waren, so läßt das nur den traurigen Schluß zu, daß die Mehrzahl derselben wohl mitlaufen, aber keine Opfer bringen wollten, und auf solche Leute kann man sich eben im Lohnkampf nicht verlassen.

Man wird uns nun mit dem Einwande kommen: Im Jahre 1899 bei dem Streit in München waren die Organisationsverhältnisse wohl günstiger; sie lagen aber auch nicht so günstig, daß man mit gutem Gewissen den Streit wagen konnte, noch weniger aber war dieses der Fall, bei dem Streik im Jahre 1901 in den verschiedenen Städten. Dieser Einwande trifft zu! Man darf aber dabei nicht außer Betracht lassen, daß damals die Arbeitslosigkeit in unserem Bezirke noch lange nicht so groß als jetzt war, und dann liegt doch wohl ein bedeutender Unterschied darin, ob die Verhältnisse unserer Kollegen in betr. Stadt so sind, daß man gewissermaßen einen Verzweiflungskampf zulassen mußte, um die Kollegen vor der vollständigen Degeneration zu schützen. Dies traf wohl für die Lohnkämpfe in den Jahren 1900 (außer Frankfurt und den Greisdörfern Hamburgs) zu, desgleichen bei denen im Jahre 1901, nicht aber 1902 bei den Kämpfen in München und Regensburg.

Und außerdem waren es gerade die traurigen Erfahrungen nach den teilweise sehr günstigen Abschlüssen der Lohnkämpfe 1900 und 1901, die sich in ganz bedeutendem Zurückgehen betreffender Mitgliedschaften bemerkbar machten, die den Verbandsvorstand zu energischer Warnung vor neuen Lohnbewegungen in der ungunstigen Zeit der wirtschaftlichen Krise veranlaßten!

Doch, wie schon oben erwähnt, in München hörte man nicht darauf und stellte folgende Forderungen an die Arbeitgeber: Befristung mit Ausnahme des Frühstücks außer dem Hause; für Schiefer 24 M, für Mischer 20 M, Vorderpostler 19 M, Mittelpostler 18 M und Hinterpostler 17 M pro Woche, drei Feiertage im Jahre, Vergütung der Ueberstunden mit 40 % und Regelung des Arbeitsnachweises.

In einer Sitzung am 9. Mai zwischen Innungsvorstand und Gehilfenausschuss machte der erstere folgendes Angebot: 1. Die Gehilfen erhalten pro Woche für Kost 8 M Entschädigung; außerdem pro Tag Brot im Werte von 30 % in natura für den eigenen Verbrauch. Wird Morgentaste verabreicht, so kann der Meister hierfür pro Woche 1 M in Anrechnung bringen. 2. Verheiratete Gehilfen erhalten pro Woche 2 M Entschädigung für Logis. 3. Es werden drei freie Tage gewährt und zwar durch Wegfall des Badens vom ersten auf den zweiten Tag an den drei höchsten Feiertagen, wenn eine freiwillige Vereinbarung in der Innung nach der Richtung zu Stande kommt, und damit zusammenhängend der vollständige Lebenslohn an den zweiten Feiertagen. 4. Die Sonntagsruhe wird dadurch erweitert, daß an Sonntagen das Baden von Hausbrot und den Mittagsjammeln in Wegfall kommt. Der Arbeitsnachweis wird in seitheriger Weise weitergeführt, da er gleich dem städtischen Arbeitsamt eingerichtet und gehandhabt wird.

Am 28. Mai fand vor dem Gewerbegericht München eine Einigungsverhandlung zwischen den Vertretern der Meister und Gehilfen statt und einigte man sich auf folgenden Tarif, der auch nachträglich von den Versammlungen beider Parteien gutgeheißen wurde:

1. Die Befristung wird nicht mehr vom Meister gestellt, weshalb die Gehilfen eine wöchentliche Entschädigung von 8,40 M (= 1,20 M pro Tag) ausbezahlt erhalten. Der Morgentaste wird den Gehilfen gratis verabreicht, außerdem hat jeder Gehilfe Anspruch auf Brot im Werte von 30 % täglich.

2. Verheiratete Gehilfen erhalten auf Ansuchen eine Wohnungsentchädigung von 2 M pro Woche.

3. Den Gehilfen werden im Jahr drei Feiertage gewährt, und zwar durch Wegfall des Badens vom ersten auf den zweiten Feiertag an den Festtagen: Ostern, Pfingsten und Weihnachten, wo in keinem Betriebe gearbeitet wird. Am 2. Feiertag sind die Verkaufsäden geschlossen zu halten.

4. Die Sonntagsruhe wird dadurch erweitert, daß an Sonntagen das Baden von Hausbrot und Mittagsjammeln in Wegfall kommt.

5. Die Vorstandsschicht der Zwangsinnung verpflichtet sich, bei ihren Mitgliedern dahin zu wirken, daß kein Arbeitgeber mehr Löhne unter 6 M bezahlt; ferner, daß bereits bestehende höhere Löhne nicht gesenkt werden dürfen.

Vorstehender Vertrag gilt ab 1. Juni auf die Dauer von zwei Jahren, d. i. bis 1901. Tritt am 1. Mai 1901, also 4 Wochen vor Ablauf des Vertrages, von einem Teile der Beteiligten eine Kündigung nicht ein, dann gilt der Vertrag für ein weiteres Jahr.

So endete diese Lohnbewegung doch noch mit ganz zufriedenstellendem Erfolge. Sind auch nicht alle anlässlich der Lohnbewegung neugewonnenen Mitglieder dort dem Verbande erhalten geblieben, so zählt München doch im dritten Quartal 364 und im vierten 512 Mitglieder, der Verband ist also noch gestärkt worden. Aber trotzdem wird von dort berichtet, daß 60 bis 70 Meister noch nicht einmal das Kostgeld herausbezahlen, also sich gar nicht um den Tarif kümmern und als zu Weihnachten zum ersten Male die Feiertage gewährt werden sollte, da bequemen sich noch nicht einmal die Hälfte der Wädereibesitzer dazu, dieses zur Durchführung zu bringen. — Es ist ein eigenes Stück, gewissermaßen ein Wechsel auf Zeit, in einer Lohnbewegung einen Tarif abzumachen, von dem einer der Hauptpunkte erst nach einem halben Jahre zum ersten Mal zur Durchführung gelangen soll!

In Starzberg, einem Ort mit 12 bis 15 Gehilfen in der Badesaison — sonst sind es 8 bis 10 — verlangten dieselben, welche unserer Mitgliedschaft München angehören, Ende Juni Befristung der Beschäftigung beim Meister. Bis 1. Juli hatten alle Meister bewilligt und zwar pro Mann und Tag 1,50 M Kostgeld; dagegen wurde einem einzelnen mit ganz kleinem Betriebe und nur einem Gehilfen gestattet, denselben nur 1,20 M täglich dafür zu vergüten.

Einen besprechenden Bericht nahm eine Lohnbewegung vom Gesamtpersonal der Brotfabrik und Großmühle „König Friedrich August-Mühle“ von Gebr. Baum im Plauenischen Grunde. Schon seit längerer Zeit trug man sich von Seiten des dort beschäftigten Personals mit dem Gedanken, eine Lohnaufbesserung und Abstellung verschiedener im Betriebe vorhandener Mängel zu fordern. Nachdem man sich in einer Personerversammlung verständigt hatte, wurden die Wünsche des Herrn Gebr. unterbreitet und zwar von jedem Meister getrennt. Die Forderungen unserer Kollegen, deren 30 dort beschäftigt sind, lauten:

1. Löhne für Badearbeiter 22 M, für Dienstleister 24,50 M; der Gehilfen ist wie bisher weiter zu bestehen. 2. Verbesserung der Ventilation in den Arbeitsräumen und Anschaffung von Spindeln in denselben, Desinfizierung der Aborte und Heizung des Ankleideraumes in den Wintermonaten. 3. Errichtung eines Arbeiterausschusses. 4. Bei Übernahme neuer Betriebe hat die Firma die Verantwortung selbst zu übernehmen; auch hat sich der Bademeister einer angemessenen Behandlung des Personals zu verpflichten.

Am 1. Dezember verhandelte im Auftrag des Verbandes der Gutverordende auch Karl Reichmann-Dresden mit den Inhabern der Mühle und Baderei und wurde jedem Arbeiter eine sofortige Lohnaufbesserung von 1 M zugesprochen; ein neu zu wählender Arbeiterausschuss sollte die anderen Fragen mit der Geschäftsführung regeln. Damit gaben sich unsere Kollegen zufrieden.

Von den Mitgliedschaften Hamburg und Altona war in je zwei Fällen die Genehmigung zur Verhängung der Sperre beantragt worden, welche wurde aber nicht erteilt. In je einem der Fälle in Hamburg und Altona, wo es sich um Lohnforderungen handelte, erteilten aber unsere Mitglieder in Verhandlungen mit den Geschäftsführern eine Verrechnung und Verhängung.

In Lübeck brachen im Oktober Differenzen mit einer Brotfabrik aus. Die geforderte Lohnaufbesserung betrug 2 M pro Woche und Verlängerung der Arbeitszeit auf täglich 10 Stunden wurde von der Fabrik bewilligt. Kurz darauf wurden aber vier Arbeiter — angeblich wegen Arbeitsmangel — entlassen. Die Genehmigung zur Sperre erteilte der Verband auch in diesem Falle nicht, weil ein ähnliches Beispiel

derselben nicht zu erwarten war. Doch wurden zwei dieser Mitglieder, bei denen es offensichtlich, daß sie gemäßigter waren, als Gemäßigter unterstützt, bis sie wieder Arbeit erhielten. Um aber die Mitglieder in Lübeck zu beruhigen, mußte der Verbandsvorsitzende zu einer Sitzung nach dort, wo dies auch gelang.

Im Gau Sachsen-Thüringen sind im Berichtsjahre fast in allen Konsumbädereien von den Kollegen Forderungen eingereicht worden und durch Verhandlungen, zu denen stets der Gutverordende beordert wurde, auch mehr oder minder günstige Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse unserer Kollegen erzielt worden.

Dasselbe war in der Konsumbäderei Magdeburg-Neustadt in Bezug auf Lohnhöhung und Verlängerung der Ferien auf eine Woche der Fall.

Mit den ausländischen Brüdern

standen wir in demselben regen Verkehr wie im Vorjahre und zwar mit denen in Oesterreich, Ungarn, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, England und Nordamerika. In der letzten Periode des Jahres war es uns auch möglich, mit den jungen aufstrebenden Zentralorganisation in Italien in Verbindung zu treten.

Ein Vorkurs unserer holländischen Kollegen, im letzten Jahre nach Hamburg einen internationalen Bädertag einzuberufen, wurde vom Vorstande vorläufig abgelehnt. Der nächste Verbandstag wird wohl diese Frage weiter erörtern.

An dem Verbandstage der Arbeiter der Lebensmittelindustrie Oesterreichs, der am 22. und 23. Juni stattfand, nahm der Verbandsvorsitzende im Auftrage des Vorstandes teil. Die dort zur Beratung stehenden Gegenstände hatten auch für uns großes Interesse, weil die Umwandlung des Verbandes in einen Zentralverband beantragt war, die dort auch beschlossen wurde. Mit dem österreichischen, dänischen und schwedischen Bäderverband stehen wir im Gegenseitigkeitsvertrage betreffs der Arbeitslosen- und Reiseunterstützung.

Zur Generalkommission

stand unsere Organisation im gleichen Verhältnis als in früheren Jahren. Es wurden 350 M Beiträge für das Berichtsjahr an dieselbe abgeliefert.

Auf dem vom 15. bis 22. Juni abgehaltenen Gewerkschaftskongress war der Verband durch zwei Delegierte vertreten.

Die Statistik

In der Voraussicht, daß vom nächsten Verbandstag wahrscheinlich eine allgemeine Statistik aufzunehmen beschlossen werden wird, weil sich eine solche wieder nötig macht, rief der Verbandsvorstand mehreren Mitgliedschaften sowie dem Gau Bayern davon ab, im Berichtsjahre die Enquêtes vorzunehmen, welche dieselben beschlossen hatten, was auch befolgt wurde. Dazu gab auch noch mit der Umwandlung Veranlassung, daß in früheren Jahren mehrere solcher statistischen Aufnahmen in ihrem Ergebnis nicht zusammengestellt und so nicht verwertet wurden, u. A. im Gau Frankfurt. Das für die erforderlichen Fragebogen verwandte Geld war also weggefallen. Alle diese Umstände drängen darauf hin, daß sich der Verbandstag eingehend mit der Frage beschäftigen muß.

Die Arbeitsvermittlung

Ueber die seitens der Mitgliedschaften erteilten Arbeitsnachweise des Verbandes können wir nur dasjenige sagen, wie im vorigen Bericht. Sie beschränken ihre Vermittlung auf einige nicht der Innung angehörige Großbetriebe, die Konsum- und Genossenschaftsbetriebe und einige Kleinbetriebe, deren Inhaber mit uns sympathisieren. — Werden im vorigen Bericht die in Hamburg und Kassel bestehenden als noch bedeutender als die übrigen hingestellt, so haben auch diese nicht an Frequenz und Bedeutung gewonnen, sondern noch bedeutend verloren. Und etwaige Versuche, dieselben erfolgreicher zu gestalten, werten erfolglos bleiben, so lange wir nicht in allen diesen Städten eine bedeutend größere Macht der Organisation repräsentieren und unsere Mitglieder geskullter in der Gewerkschaft sind als sie es bis jetzt waren! — Trotzdem müssen wir aber für die obengenannten Betriebe die erteilten Arbeitsnachweise aufrecht erhalten, denn sie sind notwendig, um etwa gemäßigtere Kollegen in Arbeit zu bringen, sie der Maßregelungsbaut der Innungsmeister zu entziehen. Man darf aber sich nur nicht dazu verleiten lassen, diesen Arbeitsnachweisen größere Bedeutung beimessen zu wollen, als sie in Wirklichkeit haben und nicht im Gezänk darüber die Einrichtungen der Innungen ganz vergessen.

Der Verbandsvorstand hat für die Konsumvereine an solchen Orten, wo wir noch keine Mitgliedschaft haben und dieselben eigene Bädereien errichten wollen, einen Arbeitsnachweise bei der Hauptverwaltung errichtet. Durch denselben, der hierbei in Gemeinschaft mit den Vertretern der betreffenden Gauen vorgeht, sind bereits eine Anzahl für solche Posten befähigte Kollegen in neuerrichteten Bädereien der Konsumvereine in Stellung gekommen, wodurch wir in allen solchen Orten festen Fuß mit der Organisation setzen und auch bald Mitgliedschaften errichten können.

Bedauerlich und uns zugleich ganz unbegreiflich ist aber das mancherlei Entgegenkommen der Verwaltungen einzelner solcher Vereine bei Einstellung von Bademeistern und Arbeitsträften! In manchen dieser Fälle mußten wir uns recht oft an die Verwaltungen wenden, ehe wir einer Antwort würdig wurden. Die Leitungen aller solcher Vereine müssen sich doch sagen, daß der Verbandsvorstand das allergrößte Interesse daran hat, nur die besten Kräfte und zuverläßlichsten Arbeiter in derartige Betriebe in Stellung zu bringen, weil dadurch nur mögliches gutes Funktionieren solcher Betriebe die sicherste Gewähr für die von uns so sehr erwünschte Vergrößerung und Bereicherung der Konsumbädereien ist! Statt dessen fanden einige dieser Konsumverwaltungen uns mit ganz unangenehmer Antipathie gegenüber und ließen sogar dazu herbei, alle geeigneten Innungsmeister, die bisher stets die größten Feinde solcher Vereine waren — weil sie in deren Ersparnisse die Ursache ihres Ruins sahen — einzustellen.

Zedenfalls werden die öfters nicht gerade erfreulichen Folgen solcher Vorgänge bald alle Genossenschaftler veranlassen, ihre Bademeister und Bäder nur durch die Verbands-einrichtungen zu beziehen!

Der Kampf gegen die übermäßige Lehrlingszuchterei in unserem Berufe

wurde, entsprechend des kolossalen Zuwachses an Lehrlingen, den begünstigt durch die wirtschaftliche Krise in dem letzten Jahre unter Schwere zu verzeichnen war, mit aller Schärfe geführt. Nachdem im Februar und März durch beschleunig-

liche Eingefandts in der Arbeiterpresse und wo das nicht möglich war, entsprechend unserer Aufforderung auch durch Mitteilungen in dieser und der besonders auf dem Lande weit verbreiteten sogenannten parteilosen Presse seitens der Mitgliedschaften die Aufforderung an die Eltern und Vormünder ergegangen war, ihre Söhne und Mündel nicht Bäder werden zu lassen, wurde durch eine Umfrage bei den Mitgliedschaften verbleibenden und ergiebigen Quellen der Innungsmeister für ihre Lehrlingszuchterei eindringen zu können. Leider zeigte es sich hierbei bald, daß die Mehrzahl der Mitgliedschaften dieser etwas komplizierten Aufgabe nicht gewachsen waren, oder es stellten sich ihnen unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg, dieses Material zu bekommen. So war die Umfrage, die bereits im Mai gestellt und deren Resultat erst Ende September abgeschlossen werden konnte, leider nur wenig ergiebig. Das konnte aber den Verbandsvorstand nicht hindern, das Flugblatt trotzdem im November in einer Auflage von 30 000 Exemplaren herausgegeben und auf diesem und anderen möglichen Wegen in die Gebiete einzubringen, wo die meisten Lehrlinge hergeholt werden. Und es muß zugestanden werden, daß diese Aufgabe von den Mitgliedschaften mit dem nötigen Ernst aufgefaßt und auch ausgeführt wurde.

Einzelne Mitgliedschaften haben die größten Anstrengungen gemacht, planmäßig diese Flugblätter zu verbreiten und wurden noch weitere Tausende davon von den Mitgliedschaften und besonders rührigen Mitgliedern verlangt. Dies hat den Vorstand veranlaßt, bereits im neuen Jahre ein ähnliches Flugblatt in noch bedeutend höherer Auflage herstellen zu lassen und hoffen wir, daß dieses überall mit der nötigen Planmäßigkeit und auch Schnelligkeit verbreitet wird!

Das Fachorgan

Die „Deutsche Bäder-Zeitung“ erschien in einer Auflage von 359 200 Exemplaren oder durchschnittlich jede Nummer 6908 Exemplare. Es erschienen 34 Nummern à 6800, 1 à 6900, 11 à 7000, 4 à 7200, 1 à 7300 und 1 Nummer à 8000 Exemplare. 6 Nummern des Blattes mußte je eine Beilage beigegeben werden.

Abzüglich der Einnahmen aus Annoncen, Abonnements und Entschädigung für Aufnahme der Protokolle der Zentral-Krankenkasse kostete der Druck und Versand der Zeitung 7210,87 M oder jedes einzelne Exemplar 2 S (2,04 S im Vorjahre). Durch noch größere Einschränkung in Versammlungsberichten wie im Vorjahre — in Ausführung des Verbandsstagsbeschlusses in Mainz — entstand mehr Platz für belehrende Artikel und Notizen aus unserem Berufe des Inn- und Auslandes, wie aus der allgemeinen Arbeiter- und der Genossenschaftsbewegung, was jedenfalls nur im Interesse aller Mitglieder sein kann. Die Notizen über die Widerbewegung im Auslande, die manchmal bedeutende Kosten für Ueberzeugung und Beschaffung des Materials verursachten, wurden überall von den Mitgliedern gern gelesen. Das Gleiche ist nicht überall wegen der vermehrten Berücksichtigung der Genossenschaftsbewegung zu beobachten gewesen. Vielmehr konnten in manchen Städten die Mitglieder dieselbe nicht begreifen, weil sie noch nicht den Wert der aufsteigenden Genossenschaftsbewegung für unseren Beruf erkannt hatten. Diese Erkenntnis wird sich mehr und mehr durchbringen müssen; denn die genossenschaftliche Brotproduktion hat sich in den letzten Jahren bedeutend vermehrt und werden die nächsten Jahre noch schnelleren Aufschwung derselben bringen, so daß man heute schon mit Sicherheit annehmen kann, daß sich die Zahl unserer in solchen Betrieben beschäftigten Mitglieder in den nächsten zwei Jahren verdoppeln wird.

Aufnahmen fanden im Berichtsjahre im Fachblatt 183 größere Artikel. Davon waren 39 agitatorischen, 30 organisatorischen, 32 sozialpolitischen und 11 allgemein politischen Inhalts; 8 behandelten das Genossenschaftswesen, 5 berufliche und technische Angelegenheiten, 10 Streits und Lohnbewegungen; 3 größere Gerichtsberichte und 6 Agitationsberichte; 11 Artikel behandelten die ausländische Bäderbewegung; außerdem fanden 5 Gedichte, 15 satirische Paude-reien und Novellen Aufnahme und am Kopf des Blattes erschienen 8 Aufrufe.

Die Artikel waren in 83 Fällen von der Redaktion, in 52 Fällen von anderen Kollegen und in 48 Fällen von Schriftstellern verfaßt. Kürzere oder längere Notizen brachte das Blatt 603 (475 im Vorjahre). Davon waren 25 agitatorischen, 62 sozialpolitischen, 8 politischen Inhalts; 20 behandelten die Arbeitsvermittlung, 50 sanitäre Angelegenheiten in Bädereien, 28 Lohnbewegungen, Streits und Maßregelungen, 35 die allgemeine Arbeiterbewegung, 119 die Genossenschaftsbewegung, 37 die Lehrlingszuchterei und 66 die ausländische Bäderbewegung; 51 Notizen behandelten Gerichtsurteile und 85 waren der Abwehr unserer Gegner gewidmet.

Außerdem brachte das Blatt 106 Bekanntmachungen und Quittungen des Vorstandes, 3 Bekanntmachungen des Ausschusses, 36 Berichte aus den Gauen und von Gastkonferenzen, 7 Eingefandts von Kollegen und 36 Litteraturankündigungen, 328 Versammlungsberichte (388 im Vorjahre und 656 im Jahre 1900) fanden Aufnahme und 322 Angelegenheiten, die den Raum von 442 Zeilen beanspruchten (740 im Vorjahre). Diese Annoncen brachten der Hauptklasse 695,80 M (793,30 M im Vorjahre) oder per Zeile 15,52 S (10,6 S im Vorjahre).

Am Schluß unseres Berichtes glauben wir nochmals kurz referieren zu müssen, daß wir mit der Entwicklung des Verbandes in diesem Krisenjahre, wo es in der Bäderbewegung notgedrungen ziemlich still zugehen mußte, zufrieden sein können.

Ist auch der Mitgliederzuwachs nur gering, womit man in solcher Periode aber immerhin zufrieden sein kann, so steht aber heute schon unser Verband ganz anders finanziell da als vor einem Jahre! Und es ist wohl auch nicht daran zu zweifeln, daß durch die Unterstüßungseinrichtungen in Zukunft die Organisation bedeutend mehr Werbekraft unter den uns noch fernstehenden Kollegen gewonnen hat!

Wir haben in diesem Bericht unseren Mitgliedern Fingerzeige genug gegeben, wo recht kurz vor dem Verbandstag eine recht rege Diskussion einsehen soll, um die bessernde Hand in den Fällen, wo es not tut, anzulegen, damit der Verband weiter im Innern gestärkt und auch nach Außen geträgt wird.

Der Verbandsvorstand

J. A.: D. Altmann, Vorsitzender.